

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Steil, Fabian

Research Report

Unternehmensgründungen in Ostdeutschland

ZEW-Dokumentation, No. 96-01

Provided in cooperation with:

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Suggested citation: Steil, Fabian (1996) : Unternehmensgründungen in Ostdeutschland, ZEW-Dokumentation, No. 96-01, <http://hdl.handle.net/10419/39131>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

ZEW

Dokumentation

**Unternehmensgründungen
in Ostdeutschland**

Fabian Steil

Dokumentation Nr. 96-01

**ZEW Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH**

**Postfach 10 34 43
68034 Mannheim
Telefon 0621 / 1235-01
Telefax 0621 / 1235-224**

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Unternehmensgründungen in Ostdeutschland

von
Fabian Steil

683678

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Mannheim, Mai 1996

C 198661



Inhaltsverzeichnis

<i>Abbildungsverzeichnis</i>	<i>II</i>
<i>Tabellenverzeichnis</i>	<i>III</i>
1 Einführung	1
2 Datenbasis	5
3 Gewerbeanmeldungen, Existenzgründungsstatistik, Gründungspanel-Ost - Ein Vergleich	9
4 Beschreibende Analyse des Gründungsgeschehens in Ostdeutschland	13
4.1 Zeitliche Entwicklung	13
4.2 Sektorale Verteilung der Gründungen in Ost- und Westdeutschland.....	16
4.3 Regionale Unterschiede in der sektoralen Verteilung der Gründungen in den neuen Bundesländern	23
4.4 Regionale Unterschiede im Niveau des Gründungsgeschehens.....	28
5 Determinanten der Gründungsinzidenz im Verarbeitenden Gewerbe	37
6 Zusammenfassung und Ausblick	47
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>49</i>
<i>Anhang</i>	<i>53</i>

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zeitliche Entwicklung der Anzahl der Unternehmensgründungen (Monatsdurchschnitt = 100).....	13
Abbildung 2: Zeitliche Entwicklung der Anzahl der Unternehmensgründungen in den Bundesländern und Ost-Berlin (Monatsdurchschnitt in jeder Region = 100)	15
Abbildung 3: Abweichung der Gründungsintensität in den Kreisen vom Durchschnitt Ostdeutschlands von 1990 bis 1994 (Angaben in %).....	31
Abbildung 4: Prozentuale Abweichung der Gründungsintensität im <i>Verarbeitenden Gewerbe</i> vom Durchschnitt Ostdeutschlands im Zeitraum von 1990 bis 1994.....	34
Abbildung 5: Prozentuale Abweichung der Gründungsintensität im Wirtschaftszweig unternehmensbezogene Dienstleistungen (WZ 78) vom Durchschnitt Ostdeutschlands im Zeitraum von 1990 bis 1994.....	57

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Gewerbeanmeldungen in Ostdeutschland nach Jahren und Bundesländern	10
Tabelle 2:	Nach 1990 entstandene Unternehmen nach Jahren und Bundesländern	11
Tabelle 3:	Regionale Verteilung der Berufstätigen und der Selbständigen in der DDR am 31.12.1989 sowie der zu diesem Zeitpunkt existierenden privaten Unternehmen nach dem Gründungspanel-Ost	11
Tabelle 4:	Regionale Verteilung der Förderfälle im EKH-Programm nach Jahren	12
Tabelle 5:	Unternehmensgründungen in Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen und Halbjahren	17
Tabelle 6:	Unternehmensgründungen in Westdeutschland nach Wirtschaftszweigen und Halbjahren	17
Tabelle 7:	Unternehmensgründungen nach Bundesländern und Wirtschaftszweigen im Zeitraum von Januar 1990 bis Dezember 1994	24
Tabelle 8:	Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen und Bundesländern im Jahresdurchschnitt 1989	25
Tabelle 9:	Anteile ausgewählter Wirtschaftszweige an der Gründungsinzidenz in den Kreisen Ostdeutschlands in den Jahren 1990 bis 1994	27
Tabelle 10:	Prozentuale Abweichung der Gründungsintensität in den Bundesländern und Ost-Berlin vom Durchschnitt Ostdeutschlands nach Jahren.....	30
Tabelle 11:	Abweichung der Gründungsintensität im <i>Verarbeitenden Gewerbe</i> in den Bundesländern vom Durchschnitt Ostdeutschlands	33
Tabelle 12:	Abweichung der Gründungsintensität im <i>Baugewerbe</i> in den Bundesländern vom Durchschnitt Ostdeutschlands	33
Tabelle 13:	Abweichung der Gründungsintensität im <i>Dienstleistungssektor</i> in den Bundesländern vom Durchschnitt Ostdeutschlands	33
Tabelle 14:	Bestimmungsgründe der Gründungsinzidenz im Verarbeitenden Gewerbe.....	39
Tabelle 15:	Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in <i>Ost-Berlin</i> nach Jahren	55
Tabelle 16:	Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in <i>Brandenburg</i> nach Jahren	55

Tabelle 17:	Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> nach Jahren	55
Tabelle 18:	Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in <i>Sachsen</i> nach Jahren	56
Tabelle 19:	Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in <i>Sachsen-Anhalt</i> nach Jahren	56
Tabelle 20:	Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in <i>Thüringen</i> nach Jahren	56

1 Einführung

Anläßlich des fünften Jahrestages der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli des vergangenen Jahres wurde in wissenschaftlichen Publikationen und der Presse im allgemeinen eine positive Bilanz des bisherigen wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Ostdeutschland gezogen. Dabei wurden vor allem die Erfolge beim Aufbau der Infrastruktur und des privaten Kapitalstocks, das hohe Wachstum der Arbeitsproduktivität und des Bruttoinlandsprodukts sowie die seit 1993 zumindest leicht steigenden Beschäftigungszahlen hervorgehoben. Allerdings wurde zurecht auch auf eine Reihe weiterhin bestehender ernsthafter Probleme hingewiesen: Die Unterbeschäftigung - wenn auch in erheblichem Maße durch die hohe Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Bevölkerung bedingt - ist mit über zwei Mio. Personen noch immer sehr hoch, die Nachfrage übersteigt das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt um etwa 60 %, die Belastungen der öffentlichen Hand durch die Transferzahlungen sind mit knapp 200 Mrd. DM weiterhin enorm und mit Ausnahme des Sektors Energie/Bergbau liegen die Lohnstückkosten noch immer deutlich über denjenigen Westdeutschlands.¹ Von einem selbsttragenden Wachstumsprozeß in den neuen Bundesländern kann daher trotz aller Fortschritte bislang keine Rede sein.

Vergleichsweise bescheiden ist die bis dato vorliegende empirische Evidenz zur Entwicklung des Gründungsgeschehens in den neuen Bundesländern, was wesentlich auf die unzureichende Verfügbarkeit geeigneter Daten zurückzuführen sein dürfte.² Zwar existieren eine Reihe von Untersuchungen, die sich intensiv mit dem Privatisierungsprozeß der Treuhandanstalt auseinandersetzen,³ doch repräsentieren die aus den ehemaligen Staatsbetrieben hervorgegangenen Unternehmen zumindest quantitativ nur einen geringen Anteil aller in Ostdeutschland mittlerweile entstandenen Unternehmen. Aussagen über die Entwicklung des gesamten Gründungsgeschehens stützen sich bisher im wesentlichen auf die Gewerbemeldedaten. Wie in Kapitel 3 näher erläutert wird, sind die Gewerbemeldedaten jedoch mit einer Reihe von Unsicherheiten behaftet und erlauben des weiteren nur eine unzureichende regionale und sektorale Differenzierung.

Die bestehenden Informationsdefizite hinsichtlich des Gründungsgeschehens sind von daher unbefriedigend, da der Entstehung eines wettbewerbsfähigen Unternehmensbestandes letztlich die zentrale Rolle im wirtschaftlichen Anpassungsprozeß zukommt. Insbesondere in den ersten Jahren der Einheit stellen der Eintritt neuer Unternehmen einen entscheidenden Faktor für den Aufbau der neuen Wirtschaftsstrukturen dar. In den westlichen Industrieländern ist der Beitrag von Unter-

¹ Vgl. u.a. DIW (1995a,b), Deutsche Bundesbank (1995), IWH (1995), Haschke/Ludwig (1995).

² Das Fehlen einer amtlichen Statistik, die eine zuverlässige und zeitnahe Erfassung neuer Unternehmen gewährleistet, ist kein spezifisches Problem Ostdeutschlands, sondern trifft auch für die alten Bundesländer zu.

³ Vgl. u.a. Klemmer (1993), Carlin/Mayer (1994), Kühl (1994), THA Informationen, div. J.

nehmensgründungen zum Strukturwandel, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Innovationstätigkeit seit geraumer Zeit weitgehend anerkannt.⁴ So zeigen eine Reihe von Untersuchungen, daß vor allem die innovativen Wirtschaftsbereiche eine hohe Gründungsdynamik aufweisen.⁵ Hamermesh (1993) kommt bei seiner Analyse verschiedener internationaler Studien zu dem Ergebnis, daß etwa ein Drittel aller neuen Arbeitsplätze in Unternehmen durch Neugründungen entstehen. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die gegenwärtig von führenden Politikern propagierte Gründungswelle nicht überraschend.⁶ In den neuen Ländern sind die Beschäftigungseffekte neuer Unternehmen noch wesentlich bedeutsamer, da die notwendige Umstrukturierung der ehemaligen Staatsbetriebe zu einer immensen Freisetzung von Arbeitskräften führte. Eine im Frühjahr 1995 vom DIW (1995a) durchgeführte Befragung von 2800 ostdeutschen Industriebetrieben ergab, daß im Mittel nur die nach 1989 neugegründeten Unternehmen planten, ihre Beschäftigung bis zum Ende des Befragungsjahres zu erhöhen. Bei den privatisierten Betrieben hingegen war der Abbau von Arbeitsplätzen zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht abgeschlossen.

Eine Betrachtung des Gründungsgeschehens liefert weiterhin erste wichtige Hinweise über die zukünftige strukturelle Entwicklung in den neuen Bundesländern, da die Effekte der neuen Unternehmen erst mit zeitlicher Verzögerung in den oben aufgeführten gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen zum Ausdruck kommen. In diesem Zusammenhang dürfte auch eine regionale Differenzierung des Gründungsgeschehens von besonderem Interesse sein. Die sich mittlerweile herauskristallisierenden räumlichen Disparitäten in der Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands treten immer stärker ins Bewußtsein von Politik und Wissenschaft. Das Erkennen regionaler Unterschiede in der Gründungsinzidenz kann wichtige Anhaltspunkte für eine mögliche Zu- oder Abnahme des bestehenden Süd-Nord-Gefälles oder die Diskussion um die Herausbildung regionaler Wachstumspole zur Verfügung stellen.⁷

Diese Arbeit soll einen ersten Beitrag leisten, die bestehenden Informationsdefizite hinsichtlich des Gründungsgeschehens in den neuen Bundesländern zu reduzieren. Der Schwerpunkt liegt dabei zunächst auf der Deskription regionaler, sektoraler und temporaler Unterschiede des Eintritts neuer, nicht aus den ehemaligen Staatsbetrieben hervorgegangener Unternehmen im Zeitraum von

⁴ Dies steht in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung, die man kleinen und mittleren Unternehmen seit etwa Ende der 70er Jahre für die Wohlfahrt einer Volkswirtschaft zuspricht, da es sich bei Neugründungen in der Regel um kleine Unternehmen handelt.

⁵ Vgl. für die Bundesrepublik z.B. Brujmann/Olson/Koller (1993) u. Schasse (1992). Dies gilt vor allem für solche Industriezweige, in denen kleinen Unternehmen für die Innovationsaktivitäten eine bedeutsame Funktion zukommt. Vgl. hierzu Acs/Audretsch (1992).

⁶ Vgl. z.B. Student (1995), Herz (1995).

⁷ Vgl. hierzu u.a. Junkernheinrich/Skopp (1995), Blien/Hirschenauer (1994), Skopp (1994), Koll (1995), Nolte/Ziegler (1994), Horbach/Junkernheinrich (1994).

Januar 1990 bis Dezember 1994 (Kapitel 4). Bereits vorliegende empirische Resultate werden dabei den hier erzielten Ergebnissen gegenübergestellt. Die Darstellung umfaßt weiterhin einen ausführlichen Vergleich mit der sektoralen Verteilung der während des gleichen Zeitraums in den alten Bundesländern neugegründeten Unternehmen. Darüber hinaus werden auch erste Ergebnisse ökonometrischer Schätzungen zu den Determinanten räumlicher Disparitäten in der Gründungsinzidenz auf dem Aggregationsniveau der Stadt- und Landkreise vorgestellt (Kapitel 5). Umfangreichere Analysen zur letzteren Fragestellung bleiben einer folgenden Untersuchung vorbehalten. Ein Ausblick auf diese Forschungsarbeiten sowie eine Zusammenfassung der hier vorgestellten Ergebnisse sind Gegenstand von Kapitel 6. Zunächst erfolgt im nachstehenden Abschnitt eine Beschreibung der Datenbasis der Untersuchung. In Kapitel 3 wird dann ein Vergleich der hier verwendeten Daten mit den Gewerbeanmeldungen und der Anzahl der im Rahmen des Eigenkapitalhilfe (EKH)-Programms geförderten Unternehmen vorgenommen.

2 Datenbasis

Seit seiner Gründung arbeitet das ZEW in Kooperation mit CREDITREFORM am Aufbau mehrerer Paneldateien zu deutschen Unternehmen. Erhebungseinheit dieser Paneele ist das rechtlich selbständige Unternehmen. Bei CREDITREFORM handelt es sich um eine Kreditauskunftei, die nach Kenntnisstand des ZEW über die größte Datenbank zu deutschen Unternehmen verfügt.⁸ Unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung hat CREDITREFORM seine Geschäftstätigkeit auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Alle hier erhobenen Daten werden im Abstand von etwa sechs Monaten dem ZEW für wissenschaftliche Auswertungen zur Verfügung gestellt. Mit den einzelnen Erhebungswellen gelangen nicht nur die neu erfaßten Unternehmen in das *Gründungspanel-Ost* des ZEW, sondern es werden auch zwischenzeitlich aktualisierte Angaben zu bereits im Datenbestand enthaltenen Unternehmen übernommen. Nach der neunten Welle vom August 1995 umfaßt das Gründungspanel-Ost Informationen zu etwa 540.000 ostdeutschen Unternehmen aller Wirtschaftszweige. Nach dem gleichen Modus werden dem ZEW ebenfalls die Datensätze zu allen von CREDITREFORM seit dem 1. Januar 1989 in den alten Bundesländern erstmals erhobenen Unternehmen übertragen. Das hieraus vom ZEW generierte *Gründungspanel-West* enthält gegenwärtig Angaben zu ca. 395.000 westdeutschen Unternehmen.

Die Struktur der beiden Paneldateien ist identisch. Die Informationen zu den einzelnen Unternehmen umfassen u. a. Firmenname und -anschrift, Rechtsform, fünfstelliger Branchencode, Beschäftigtenanzahl und -struktur, Gründungsdatum, im Fall von Übernahmen auch das Gründungsdatum der Vorgängerfirma (sog. Vorgründungsdatum) sowie ggf. das Vorvorgründungsdatum, Datum des Handelsregistereintrags, Umsatz, Beteiligungsverhältnisse, Vergleichs- und Konkursverfahren, Informationen über nicht im Rahmen eines Konkurs- bzw. Gesamtvollstreckungsverfahrens erfolgte Stilllegung sowie über mögliche Probleme im Aktualitätsstand der Daten, tagesgenauer Zeitpunkt der Datenerhebung, Kreditwürdigkeit, etc. Der Erfassungsumfang der einzelnen Variablen ist allerdings unterschiedlich groß. Die Datenerhebung seitens CREDITREFORM erfolgt dezentral, jedoch nach dem gleichen Modus, durch insgesamt 132 eigenständige Niederlassungen (VCs), von denen 25 in Ostdeutschland tätig sind. Die VCs führen eine systematische Recherche verschiedener öffentlicher Register (insbesondere des Handelsregisters), der Konkurs- und Vergleichsmeldungen sowie von Tageszeitungen, Geschäftsberichten und veröffentlichten Bilanzen durch.⁹ Neben dem Handelsregister stellen durch Kreditanfragen ausgelöste Recherchen die wichtigste Quelle für die Erhebung neugegründeter Unternehmen dar.

⁸ Abgleiche zwischen der Gesamtdatei von Creditreform und den Daten des Statistischen Bundesamtes für das Gebiet der alten Bundesrepublik haben ergeben, daß erstere hier nahezu eine Totalerfassung von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten darstellt. Vgl. hierzu Harhoff/Licht (1994) und Licht/Stahl (1994).

⁹ Vgl. zur Erhebungspraxis von Creditreform ausführlich Stahl (1991).

Da in der Bundesrepublik keine amtliche Statistik existiert, in der Gründungen in ausreichender zeitlicher Disaggregation näherungsweise vollständig und zuverlässig erfaßt werden, sind Aussagen zum Erfassungsumfang neuer Unternehmen seitens CREDITREFORM nur bedingt möglich. Aus der Totalerhebung des Handelsregisters resultiert aufgrund der gesetzlichen Eintragungsvorschriften zunächst eine branchen- und größenspezifische Untererfassung von Unternehmensgründungen. Die Wahrscheinlichkeit zur Erfassung der nicht eintragungspflichtigen Unternehmen wird von ihrer Kreditnachfrage sowie dem Umfang ihrer Geschäftsbeziehungen zu anderen Firmen beeinflußt. Letztlich betrifft die Untererfassung in erster Linie Kleinstbetriebe (sog. Kleingewerbetreibende), landwirtschaftliche Betriebe und die Freiberufler. Von zentraler Bedeutung ist jedoch, daß keine systematischen regionalen Unterschiede im Erfassungsumfang der verschiedenen Unternehmensgruppen bestehen. Die Paneldateien des ZEW erlauben damit zur Zeit zwar keine Bestimmung oder Hochrechnung der absoluten Gründungszahlen in der Bundesrepublik. Es können jedoch unverzerrte regionale Vergleiche der Gründungsaktivitäten durchgeführt sowie deren Entwicklung im Zeitablauf verfolgt werden. Ein wichtiger Vorteil der Datenbasis ist auch darin zu sehen, daß aufgrund der Geschäftsausrichtung von CREDITREFORM (Kreditwürdigkeitsprüfung) praktisch nur wirtschaftsaktive Unternehmen erfaßt werden. Bei CREDITREFORM handelt es sich um ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen, für dessen Erfolg die Qualität der erhobenen Informationen von zentraler Bedeutung ist. Dies impliziert eine hohe Zuverlässigkeit der im folgenden verwendeten Daten.

Diese Arbeit konzentriert sich auf das originäre Gründungsgeschehen in den Jahren 1990 bis 1994, d.h. die im Rahmen der Privatisierung entstandenen Unternehmen sowie sonstige Übernahmen werden bei den Analysen nicht berücksichtigt. Aufgrund der extremen Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden jedoch die bereits in der DDR existierenden privaten Unternehmen dann den originären Gründungen zugerechnet, wenn sie nach 1989 umgegründet wurden. Dies trifft jedoch nur für einen geringen Teil zu.¹⁰ Um eine möglichst zuverlässige Identifikation der auszugrenzenden Unternehmen zu gewährleisten, wurden hierzu verschiedene Indikatoren herangezogen: Vorliegen einer Beteiligung der Treuhandanstalt, charakteristische Begriffe (z.B. VEB) in der Firmierung oder in den von CREDITREFORM erteilten Berichten, Abgleich der Firmierung mit den von der Treuhandanstalt dem ZEW zur Verfügung gestellten Namen der ca. 14.000 privatisierten Unternehmen, Bestimmung des frühesten Gründungsdatums mit Hilfe der Vorgründungsdaten, Ausklammern von Unternehmen mit 50 oder mehr Beschäftigten zum Gründungszeitpunkt. Durch letzteres Kriterium werden fälschlicherweise auch einige originäre Gründungen von Tochterunternehmen bereits existierender Firmen ausgegrenzt, was quantitativ aber vernachlässigbar ist. Ausgeschlossen von der Untersuchung werden weiterhin die Unter-

¹⁰ Es ist auch nicht auszuschließen, daß ein Teil dieser Unternehmen im Rahmen des Privatisierungsprozesses entstanden ist.

nehmen der Land- und Forstwirtschaft sowie die Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach der Aufbereitung umfaßt die Datenbasis noch 375.000 in Ost- und 276.000 in Westdeutschland im Untersuchungszeitraum gegründete Unternehmen.

3 Gewerbeanmeldungen, Existenzgründungsstatistik, Gründungspanel-Ost - Ein Vergleich

Die Gewerbemeldedaten stellen bislang die wichtigste Informationsquelle zur Entwicklung des Unternehmensbestandes in Ostdeutschland dar. Zwar haben diese Daten zunächst den Vorteil, daß sie grundsätzlich eine zeitnahe Erfassung von Gründungen ermöglichen, wenn auch zwischen Tätigkeitsbeginn und Anmeldedatum eine beträchtliche Zeitspanne liegen kann, was u.U. zu falschen Zuordnungen des Gründungsjahres führt.¹¹ Die Gewerbeanmeldungen sind jedoch mit einer Reihe von Nachteilen behaftet, die ihre Verwendung zur Analyse des Gründungsgeschehens begrenzen.¹² Zur Nutzung steuerlicher und anderer Vorteile kommt es in beachtlichem Umfang zu Gewerbeanmeldungen, ohne daß eine wirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen wird. Brüderl/Preisendörfer/Ziegler (1992) ermittelten bei ihrer Untersuchung einen Anteil von 20 % solcher Scheingründungen an den Gewerbeanmeldungen im Großraum München. In Ostdeutschland dürfte dieser Prozentsatz aufgrund der enormen finanziellen Förderung neuer Unternehmen sowie der großen Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung eher höher ausfallen.¹³ Darüber hinaus kann es bei der Datenerfassung sehr leicht zu Doppelzählungen kommen, da für alle geschäftsführenden Gesellschafter von Personen- und BGB-Gesellschaften Meldepflicht besteht. Auch müssen bei einer Änderung bzw. Erweiterung des Geschäftsgegenstands, der Gesellschaftsform oder einer Sitzverlegung Gewerbeanmeldungen erfolgen. Nach Angaben der statistischen Landesämter erfolgt in den amtlichen Zahlen keine oder nur eine unzureichende Korrektur für solche Meldedefälle. In Ostdeutschland haben sich weiterhin eine unbekannte Zahl von Unternehmen, die bereits vor 1990 privat geführt wurden, bei den Gewerberegistern eintragen lassen.¹⁴ Dies alles führt zu einer immensen Überhöhung der Gewerbeanmeldungen im Vergleich zum tatsächlichen Gründungsgeschehen. Auf der anderen Seite werden die Gruppe der Freien Berufe sowie der größere Teil der landwirtschaftlichen Betriebe in den Gewerbeanmeldungen nicht erfaßt (§ 6 GewO). Auch lassen sich (re-)privatisierte Unternehmen oder anderweitige Übernahmen nicht von originären Neugründungen unterscheiden. Ein zentraler Nachteil der Gewerbemeldedaten besteht darüber hinaus darin, daß ihre sektorale Differenzierung in Industrie, Handwerk, Handel/Gastgewerbe und Sonstige sowie ihre regionale Ausweisung nur bis auf Ebene der Bundesländer für tiefergehende Analysen unzureichend ist, zumal eine getrennte Erfassung der Anmel-

¹¹ Nach den Recherchen des IFM bei verschiedenen Gewerbeämtern der neuen Länder sind Zeitspannen von sechs Monaten zwischen Gewerbeanmeldung und Tätigkeitsbeginn nicht ungewöhnlich. Vgl. May-Strobl/Paulini (1991b).

¹² Vgl. hierzu auch Schulz (1995).

¹³ Nach Befragungen des IFM wurden geplante und bereits angemeldete Gründungen „oftmals“ nicht realisiert. Vgl. May-Strobl/Paulini (1991a).

¹⁴ Vgl. Beer/Loose/Rahneberg (1995).

dungen von Industriebetrieben erst seit 1992 erfolgt.

Unter der Annahme, daß die dargestellten Probleme zu einer in etwa gleich starken Verzerrung in den einzelnen Bundesländern führen, sollten keine großen Unterschiede in der regionalen Verteilung der Gewerbeanmeldungen und der neuen Unternehmen gemäß dem Gründungspanel-Ost des ZEW - hier einschließlich der privatisierten Unternehmen - auftreten. Wie die beiden nachstehenden Tabellen zeigen, sind die Unterschiede in den einzelnen Jahren tatsächlich nur gering. Die bestehenden Abweichungen wie insbesondere der höhere Anteil Sachsens im Jahr 1991 bei den Gewerbemeldedaten lassen sich zumindest teilweise mit den Anmeldungen der bereits vor 1990 privaten Betriebe erklären. Aus der zweiten und dritten Spalte der Tabelle 3 ist ersichtlich, daß im heutigen Bundesland Sachsen eine überdurchschnittliche Anzahl der Selbständigen der ehemaligen DDR ansässig waren. Zum Vergleich ist in Tabelle 3 ebenfalls die regionale Verteilung der vor 1990 gegründeten privaten Unternehmen nach dem Gründungspanel-Ost angegeben (Spalte 4). Die weitgehende Übereinstimmung der Prozentangaben ist ein Indiz für die Qualität der hier verwendeten Datenbasis.

**Tabelle 1: Gewerbeanmeldungen in Ostdeutschland nach Jahren und Bundesländern
(Angaben in %)**

	1990	1991	1992	1993	1994	1990-1994
Brandenburg	17,38	16,85	16,58	16,29	17,11	16,88
Meckl.-Vorp.	10,82	11,01	10,91	10,50	9,93	10,70
Sachsen	27,63	31,40	29,60	28,53	30,05	29,47
Sachsen-Anhalt	17,07	15,38	16,95	17,03	16,52	16,53
Thüringen	18,67	17,71	17,29	16,71	15,82	17,42
Ost-Berlin	8,43	7,66	8,66	10,94	10,57	9,01
Summe (Anzahl)	100 (281.096)	100 (292.997)	100 (214.357)	100 (190.032)	100 (170.782)	100 (1.149.264)

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Enorm sind allerdings die Unterschiede hinsichtlich der absoluten Anzahl der Gewerbeanmeldungen und der Anzahl der Unternehmen des (bereinigten) Gründungspanels (vgl. letzte Zeile in Tabelle 1 und 2). Nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung (IFM) Bonn entsprechen den Gewerbeanmeldungen der Jahre 1990 bis 1994 jedoch nur etwa 499.000 neugegründete mittelständige Unternehmen.¹⁵

¹⁵ Diese Zahlenangabe umfaßt auch die Privatisierungen, sofern es sich nicht um die direkten Übernahmen der ehemaligen Staatsbetriebe handelt. Die Schätzungen basieren auf den Gewerbeanmeldungen, den ERP-Förderanträgen sowie empirischen Erhebungen. Vgl. IFM Pressemitteilung vom 3.04.1995.

**Tabelle 2: Nach 1990 entstandene Unternehmen nach Jahren und Bundesländern
(Angaben in %)**

	1990	1991	1992	1993	1994	1990-1994
Brandenburg	17,72	17,33	16,44	16,97	17,47	17,27
Meckl.-Vorp.	10,81	11,96	12,58	12,19	11,99	11,72
Sachsen	28,32	27,92	27,55	27,42	27,94	27,92
Sachsen-Anhalt	18,24	18,30	17,38	17,05	17,14	17,83
Thüringen	18,42	17,79	17,93	17,77	16,69	17,91
Ost-Berlin	6,48	6,71	8,13	8,60	8,77	7,35
Summe (Anzahl)	100 (138.847)	100 (103.492)	100 (72.597)	100 (55.349)	100 (42.685)	100 (412.970)

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Anm.: Für Tabelle 2 wurden alle nach 1990 entstandenen Unternehmen (incl. Privatisierungen) mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Selbständigen in Freien Berufen berücksichtigt.

Tabelle 3: Regionale Verteilung der Berufstätigen und der Selbständigen in der DDR am 31.12.1989 sowie der zu diesem Zeitpunkt existierenden privaten Unternehmen nach dem Gründungspanel-Ost (Angaben in %)

	Berufstätige (ohne Lehrlinge)	Selbständige (incl. mithelfende Familienangehör.)	Vor 1990 private Unternehmen
Brandenburg	15,64	15,13	17,69
Meckl.-Vorp.	12,50	8,41	7,84
Sachsen	29,83	37,42	35,40
Sachsen-Anhalt	18,41	15,18	15,95
Thüringen	15,46	16,05	16,21
Ost-Berlin	8,16	7,81	6,91
Summe (Anzahl)	100 (8.547.300)	100 (184.600)	100 (70.230)

Quelle: Berufstätige und Selbständige: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, eigene Berechnungen. Vor 1990 private Unternehmen: ZEW Gründungspanel-Ost

Informationen zum Gründungsgeschehen in Ostdeutschland stellen auch die Statistiken zur wirtschaftlichen Förderung zur Verfügung. Die geförderten Unternehmen nehmen jedoch in der Mehrzahl verschiedene Förderprogramme gleichzeitig in Anspruch. Eine Aggregation der einzelnen Statistiken ist daher nicht möglich, so daß man sich auf die Analyse einzelner Programme beschränken muß. Eines der wichtigsten Programme für die Unterstützung von Existenzgründungen stellt das Eigenkapitalhilfe (EKH)-Programm der Bundesregierung dar. Allerdings

werden mit diesem Programm auch grundlegende Neu- bzw. Modernisierungsinvestitionen in bereits existierenden Unternehmen sowie der Erwerb von bzw. die Beteiligung an Unternehmen (incl. Privatisierungen) gefördert. Weiterhin können alle geschäftsführenden Gesellschafter die Förderung getrennt beantragen, woraus Doppelzählungen resultieren.¹⁶ Die regionale Verteilung der Anzahl der Förderfälle im EKH-Programm (Tabelle 4) unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Gewerbeanmeldungen und des Gründungspanels-Ost. Auffallend sind die hohen Anteile Thüringens und Mecklenburg-Vorpommerns sowie die niedrigen Brandenburgs und vor allem Ost-Berlins an der EKH-Förderung. Nur die Anteile für Sachsen sind in allen drei Datenbeständen etwa vergleichbar.¹⁷ Die regionale Verteilung der Förderfälle des European Recovery Programms (ERP) stimmt weitgehend mit der des EKH-Programms überein.

**Tabelle 4: Regionale Verteilung der Förderfälle im EKH-Programm nach Jahren
(Angaben in %)**

	1990 (Juli-Dez.)	1991	1992	1993	1994	1990-1994
Brandenburg	12,16	13,21	13,33	13,67	13,63	13,30
Meckl.-Vorp.	15,86	12,52	12,96	15,11	15,25	13,66
Sachsen	27,13	30,42	30,67	30,71	31,71	30,46
Sachsen-Anhalt	16,97	16,51	14,59	14,65	13,77	15,38
Thüringen	23,98	22,68	23,69	22,11	22,26	22,89
Ost-Berlin	3,90	4,66	4,76	3,76	3,38	4,32
Summe (Anzahl)	100 (9.490)	100 (48.251)	100 (34.651)	100 (22.510)	100 (15.988)	100 (130.890)

Quelle: Deutsche Ausgleichsbank, eigene Berechnungen

¹⁶ Vgl. zu den Förderrichtlinien ausführlich Bundesministerium für Wirtschaft (1994).

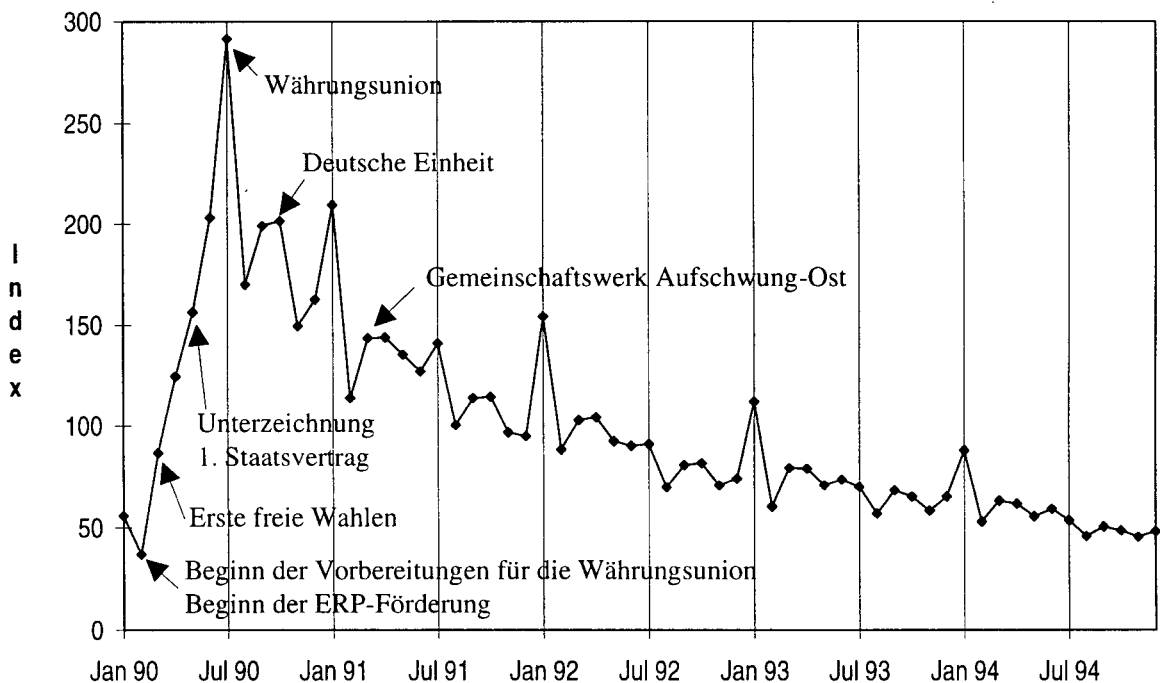
¹⁷ Berücksichtigt man in Tabelle 2 die Freiberufler, die eine Förderung im Rahmen des EKH-Programms in Anspruch nehmen können, so erhöhen sich hier die für Sachsen ausgewiesenen Anteile um jeweils ca. 0,5 Prozentpunkte.

4 Beschreibende Analyse des Gründungsgeschehens in Ostdeutschland

4.1 Zeitliche Entwicklung

Die Anzahl der neugegründeten Unternehmen in Ostdeutschland ist auf Monatsbasis für die Jahre 1990 bis 1994 zusammen mit den wichtigsten politischen Entscheidungen des Einigungsprozesses in Abbildung 1 dargestellt. Für eine leichtere Quantifizierung der temporalen Variation der Gründungszahlen wurde der Monatsdurchschnitt der gesamten Untersuchungsperiode mit 100 indiziert.

Abbildung 1: Zeitliche Entwicklung der Anzahl der Unternehmensgründungen (Monatsdurchschnitt = 100)



Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Beginnend auf einem Niveau, das etwa der Hälfte des monatlichen Durchschnittswerts entspricht, steigt die Gründungsinzidenz ab Februar 1990 sprunghaft an und erreicht im Juli 1990 mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ihren Höhepunkt. Bereits die DDR-Regierung unter Ministerpräsident Modrow hatte im Januar 1990 eine Reihe für das Gründungsgeschehen wichtiger Reformen durchgeführt. So wurde ab diesem Zeitpunkt der Privatbesitz an

Produktionsmitteln zugelassen, die volle Gewerbefreiheit eingeführt sowie Joint-Ventures mit westlichen Unternehmen gestattet.¹⁸ Zu Beginn des Jahres 1990 zeichnete sich weiterhin frühzeitig ab, daß die politischen Entwicklungen zu einer schnellen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten führen würden.¹⁹ Wirtschaftspolitisch war dieser Zeitraum durch die Verhandlungen zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion geprägt. Bereits im Februar 1990 begann eine Expertenkommission mit den Vorbereitungen eines entsprechenden Vertrages (1. Staatsvertrag), der dann im Mai von den beiden deutschen Staaten unterzeichnet wurde und am 1. Juli 1990²⁰ in Kraft trat. Positive Impulse für die anfängliche Gründungsdynamik resultierten weiterhin aus der im Februar 1990 einsetzenden Investitionsförderung im Rahmen des ERP-Sondervermögens. Die Förderung ostdeutscher Unternehmen durch das EKH-Programm der Bundesregierung setzte jedoch erst mit der Währungsunion ein. Berücksichtigt man darüber hinaus die in weiten Teilen der ost- und westdeutschen Bevölkerung herrschende euphorische Stimmung über den Fall der Mauer, den allgemeinen Optimismus über die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses sowie die Defizite der ehemaligen DDR in einer Reihe konsumnaher Wirtschaftsbereiche, so ist der anfängliche Gründungsboom wenig überraschend.

Nach einem deutlichen Rückgang im August erreicht die Anzahl der Gründungen mit der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 einen erneuten Höhepunkt, der allerdings wesentlich geringer ausgeprägt ist als im Juli. In den Jahren 1991 bis 1994 weist die jeweilige monatliche Entwicklung der Gründungszahlen dann ein nahezu identisches Muster auf, wenn auch insgesamt betrachtet die Gründungsdynamik bis zum Ende des Untersuchungszeitraums immer mehr an Fahrt verliert.²¹ Auffallend ist bei diesem Verlauf vor allem der starke Anstieg der Gründungszahlen im Januar sowie das niedrige Niveau im Februar, August („Sommerloch“) und am Ende eines Jahres. Die Einführung des „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“ am 8. März 1991 hatte offensichtlich zumindest keine kurzfristigen Auswirkungen auf die zeitliche Struktur der Gründungsinzidenz. Inwieweit hierdurch jedoch der Umfang des Eintritts neuer Unternehmen direkt oder indirekt beeinflusst wurde, läßt sich aus Abbildung 1 nicht ableiten.

Wie die beiden nachstehenden Grafiken verdeutlichen, ist die zeitliche Entwicklung der Anzahl neugegründeter Unternehmen in den einzelnen Bundesländern *relativ zum jeweiligen Monats-*

18 Vgl. Sinn (1993).

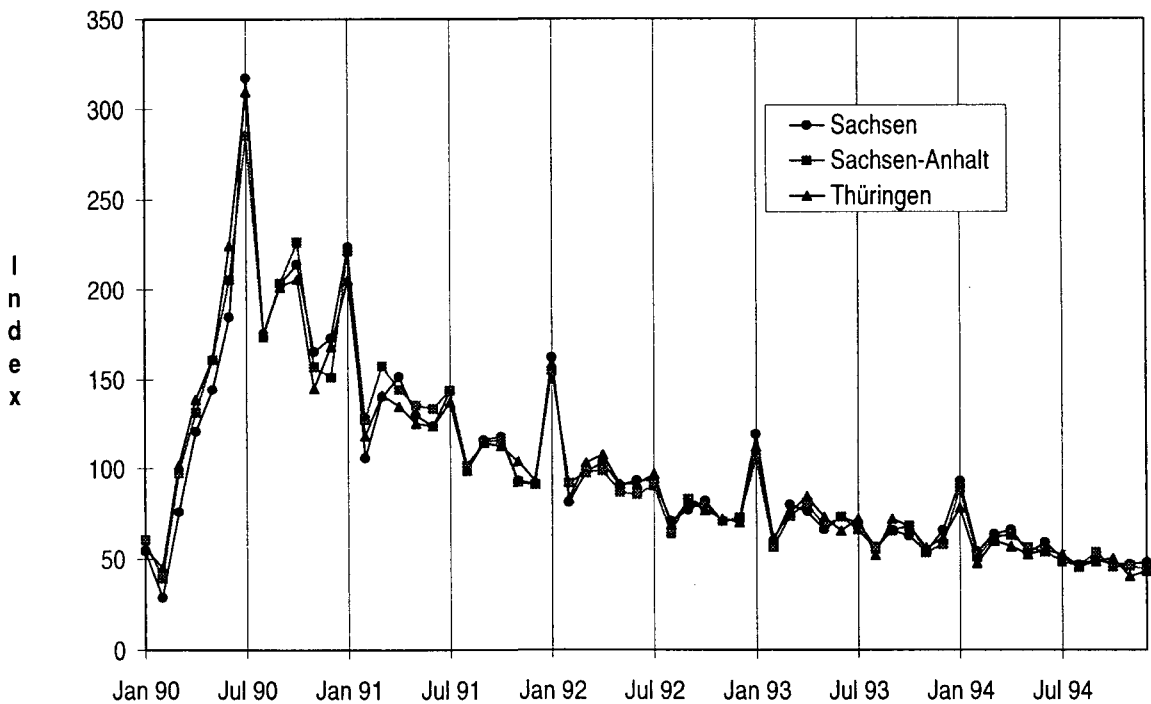
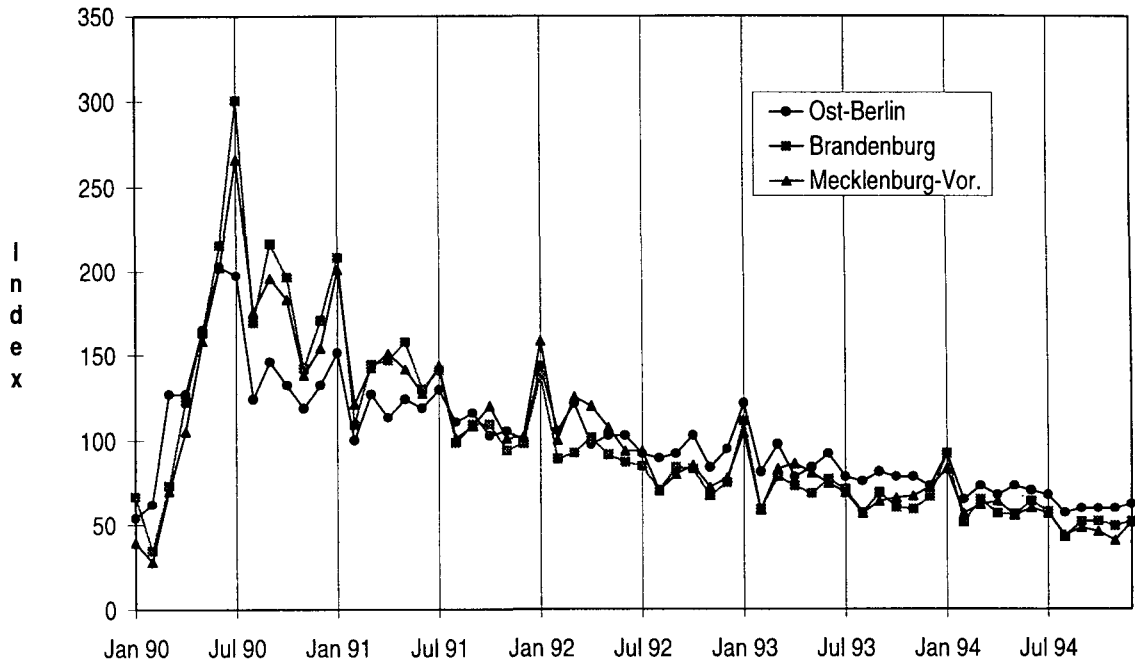
19 Außenpolitisch von großer Bedeutung war diesbezüglich eine Unterredung zwischen dem damaligen sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow, Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher am 10. Februar in Moskau, bei der Gorbatschow die Akzeptanz einer deutschen Wiedervereinigung durch die Sowjetunion zusicherte. Vgl. Helwig/Spittman (1990).

20 Auf diesen Termin hatten sich Bundeskanzler Kohl und DDR-Ministerpräsident de Maizière am 24. April 1990 geeinigt.

21 Für das zweite Halbjahr des Jahres 1994 dürfte sich nach der Ziehung der 10. Welle noch eine leichte Korrektur nach oben ergeben, da etwa 10 % der neuen Unternehmen von Creditreform erst mit einer Verzögerung von mehr als acht Monaten nach ihrer Gründung erfaßt werden.

durchschnitt sehr homogen. Nur für wenige Monate lassen sich einige nennenswerte regionale Unterschiede in der Stärke der Abweichung von den jeweiligen Mittelwerten feststellen. Weiterhin

Abbildung 2: Zeitliche Entwicklung der Anzahl der Unternehmensgründungen in den Bundesländern und Ost-Berlin (Monatsdurchschnitt in jeder Region = 100)



Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

ist zu bestimmten Zeitpunkten die Zahl der Gründungen in einigen Regionen schon wieder rückläufig (z.B. im Oktober 1990 in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Ost-Berlin), während sie in den übrigen Bundesländern noch zunimmt. Ost-Berlin ist hingegen durch eine deutlich geringere Variation der monatlichen Anzahl neugegründeter Unternehmen gekennzeichnet. Das grundsätzliche zeitliche Muster stimmt jedoch auch hier weitgehend mit den übrigen Regionen Ostdeutschlands überein. Allerdings fällt in Ost-Berlin der starke relative Anstieg der Gründungen im März 1990 sowie das Erreichen des Höhepunkts der Gründungswelle bereits im Juni 1990 auf. Da die Daten für Ostdeutschland dezentral durch 25 eigenständige Niederlassungen von CREDITREFORM erhoben werden, erscheint es äußerst unwahrscheinlich, daß es sich bei den in Abbildung 2 dargestellten Ergebnissen um ein durch den Erfassungsmodus erzeugtes statistisches Artefakt handelt. Der zeitliche Verlauf in den einzelnen Wirtschaftszweigen ist jedoch erwartungsgemäß deutlich weniger homogen. Die dies implizierende Verschiebung der sektoralen Struktur der neuen Unternehmen ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

4.2 Sektorale Verteilung der Gründungen in Ost- und Westdeutschland

Im Rahmen der Analyse der sektoralen Verteilung der Unternehmensgründungen bzw. ihrer Veränderung im Zeitablauf in Ostdeutschland erscheint insbesondere eine Gegenüberstellung zur analogen Entwicklung in den alten Bundesländern von Interesse. Bei einem Vergleich der Tabellen 5 und 6 ist allerdings stets zu bedenken, daß das Gründungsgeschehen in Westdeutschland - trotz der vielen kritischen Stimmen zur Qualität des Standortes Deutschland - vor dem Hintergrund einer international wettbewerbsfähigen Unternehmenslandschaft stattfindet. In Ostdeutschland hingegen muß durch die neuen Unternehmen erst eine funktionsfähige Wirtschaftsstruktur aufgebaut werden. Ein wesentlicher Vorteil für die Aussagekraft dieser Gegenüberstellung ist indessen in der identischen Datenbasis zu sehen. Die Branchenklassifikation erfolgt gemäß der Systematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes.²²

Die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für den Eintritt neuer Unternehmen ist in beiden Teilen Deutschlands durch eine nahezu identische Entwicklung charakterisiert. Lediglich das Ausgangsniveau des langsamen, aber konstanten Rückgangs liegt im Westen mit 12,5 % einen Prozentpunkt über dem entsprechenden Wert in Ostdeutschland. Auch die Branchenstruktur der Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe ändert sich während des Untersuchungszeitraums insgesamt gesehen nur moderat. Vor allem in den alten Bundesländern zeichnen sich nur in sehr

²² Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1987. Für die Wirtschaftsunterabteilungen (zweistellige WZ-Klassifikation) und Wirtschaftsgruppen (dreistellige WZ-Klassifikation) werden im Text zur Vereinfachung häufig nur die jeweils dominierenden Branchen angegeben. Mit Hilfe der Codierungsziffer kann die volle Branchenbezeichnung dem Anhang entnommen werden.

geringem Umfang systematische Entwicklungen ab.

Tabelle 5: Unternehmensgründungen in Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen und Halbjahren (Angaben in %)

Halbjahr	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
1/90	0,12	11,60	16,72	30,30	10,96	1,44	28,86	100
2/90	0,15	11,31	15,03	36,60	6,92	3,84	26,15	100
1/91	0,24	10,86	14,16	35,49	5,77	4,43	29,05	100
2/91	0,23	11,50	13,94	32,82	6,09	3,77	31,66	100
1/92	0,23	10,97	17,75	29,36	5,71	4,07	31,91	100
2/92	0,44	10,62	15,32	30,02	4,43	3,57	35,59	100
1/93	0,33	10,02	17,19	27,57	4,95	3,59	36,35	100
2/93	0,36	9,18	16,34	28,01	4,46	3,03	38,63	100
1/94	0,26	8,88	20,49	24,93	4,46	2,99	37,99	100
2/94	0,30	9,06	20,71	24,98	4,25	2,15	38,55	100
Insges.	0,24	10,71	16,16	31,49	6,19	3,45	31,77	100

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Tabelle 6: Unternehmensgründungen in Westdeutschland nach Wirtschaftszweigen und Halbjahren (Angaben in %)

Halbjahr	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
1/90	0,11	12,50	10,28	31,30	4,75	2,44	38,63	100
2/90	0,10	12,18	9,05	32,02	5,01	2,47	39,17	100
1/91	0,16	12,21	10,38	31,68	4,68	2,61	38,28	100
2/91	0,10	11,53	9,42	31,02	4,78	2,04	41,10	100
1/92	0,10	11,34	9,92	31,79	4,44	2,15	40,26	100
2/92	0,07	10,93	8,64	29,43	4,61	2,31	44,01	100
1/93	0,09	10,13	9,80	30,88	4,76	1,83	42,51	100
2/93	0,13	9,61	8,53	30,73	4,76	1,83	44,40	100
1/94	0,21	9,27	11,30	30,57	4,48	1,98	42,19	100
2/94	0,25	9,24	10,09	29,21	4,54	1,58	45,09	100
Insges.	0,13	10,91	9,75	30,90	4,70	2,13	41,48	100

Quelle: ZEW Gründungspanel-West

Die dominierende Branche für die Gründungsinzidenz im Verarbeitenden Gewerbe in Ost- und Westdeutschland stellt mit einem Anteil von durchschnittlich 27,5 % resp. 25,5 % der *Stahl-, Maschinen-, Fahrzeug- und EDV-Gerätebau* (WZ 24) dar. Allerdings entfallen in den neuen Ländern im Mittel die Hälfte der Gründungen in dieser sehr heterogenen Branche auf die Kfz-Werkstätten (WZ 249), wenn auch diesbezüglich im Zeitablauf ein starker Rückgang festzustellen ist. In Westdeutschland trifft dies hingegen nur auf - im Untersuchungszeitraum konstant - knapp ein Drittel der neuen Unternehmen des WZ 24 zu. Eine deutlich niedrigere Bedeutung für diesen Wirtschaftszweig kommt in den neuen Bundesländern dafür dem Maschinenbau (WZ 242) und der Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten (WZ 243) zu, eine höhere demgegenüber der Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen (WZ 240). Der Anteil letzterer Branche an den Gründungen im WZ 24 verdoppelt sich dabei aufgrund der regen Bautätigkeit im Zeitablauf und ist im Jahr 1994 etwa zweimal so groß wie in Westdeutschland.

Die Branche *Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren* (WZ 25) leistet sowohl in den neuen (20 %) als auch in den alten (21 %) Ländern den zweitwichtigsten Beitrag zur Anzahl der neuen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe. Die Unterschiede in der Struktur des WZ 25 zwischen den beiden Vergleichsräumen sind deutlich geringer als beim Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau. Auffallend ist nur, daß die relative Bedeutung der Wirtschaftszweige Feinmechanik, Optik (WZ 252) und Eisen-, Blech- und Metallwaren (WZ 256) sich in Ost- und Westdeutschland genau entgegengesetzt verhält (mit höherem Anteil letzterer Branche im Osten). Im Mittel jeweils 45 % der Gründungen des WZ 25 entfallen auf die Elektrotechnik (WZ 250).

Getragen von der hohen Bautätigkeit, wächst die Bedeutung der *Steine/Erden-Industrie* (WZ 22) in den neuen Bundesländern im Zeitablauf sehr deutlich an. Sind im ersten Halbjahr 1990 5 % der Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe diesem Bereich zuzuordnen, so beträgt sein Anteil in 1994 mehr als 9 % (West etwa konstant 4,5 %). Der entsprechende Anteil der *chemischen Industrie* verdoppelt sich in Ostdeutschland bis zum zweiten Halbjahr 1992 gegenüber 1990, fällt anschließend jedoch wieder in etwa auf sein Anfangsniveau zurück. Allerdings entfallen auf diese Branche im Durchschnitt nur 2 % (West 3 %) aller Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe.

Das Baugewerbe war von Beginn an eine der wesentlichen Stützen der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern. Der schlechte Zustand des Wohnungsbestandes und der Infrastruktur implizierten nach der Grenzöffnung ein enormes Nachfragepotential nach den Leistungen dieses Sektors. Im Verhältnis zur Bevölkerung übertraf im Jahr 1994 die Zahl der Erwerbstätigen im ostdeutschen Baugewerbe die Westdeutschlands um mehr als das Doppelte. Vor diesem Hintergrund ist die im Durchschnitt mehr als sechs Prozentpunkte höhere Bedeutung dieser Branche für die Gründungsaktivitäten in den neuen Ländern nicht erstaunlich. Dabei fällt hier ein ausgeprägter Anstieg der relativen Anzahl der neuen Bauunternehmen im Jahr 1994 auf. Dies

könnte teilweise auf die ab 1993 stark gestiegenen Insolvenzzahlen in diesem Sektor zurückzuführen sein. Für viele der freigesetzten Arbeitskräfte dürfte die Gründung eines eigenen Unternehmens die einzige Alternative zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit darstellen.²³ Mit Ausnahme des Meisterabschlusses, den mittlerweile eine Reihe von Beschäftigten in Ostdeutschland erworben haben, sind die Markteintrittsbarrieren im Baugewerbe vergleichsweise gering.

Dominiert zu Beginn des Untersuchungszeitraums das *Ausbaugewerbe* mit einem Anteil von knapp 58 % das Gründungsgeschehen im ostdeutschen Baugewerbe, so stammen in 1994 nur noch ca. 47 % der neuen Bauunternehmen aus diesem Wirtschaftszweig. Diese Verschiebung wird vor allem durch eine Zunahme der Bedeutung des Spezialbaus (WZ 302) und eine starke Abnahme des Anteils der Bauinstallationen (WZ 310) an den Gründungen im Baugewerbe hervorgerufen. In Westdeutschland zeigt sich demgegenüber - wenn auch in etwas abgeschwächter Form - der umgekehrte Zusammenhang hinsichtlich der Entwicklung der entsprechenden Beiträge des *Bauhaupt- und Ausbaugewerbes*.²⁴ Auch hier läßt sich in 1994 ein Anstieg des Anteils des Bausektors an den Gründungen beobachten, allerdings mit geringerer Ausprägung als in Ostdeutschland.

Die hervortretendsten Veränderungen im Beobachtungszeitraum lassen sich für den Handel erkennen. Zunächst fällt die starke Zunahme der Bedeutung dieses Sektors unmittelbar nach dem Beginn der Währungsunion um sechs Prozentpunkte auf. Ab der zweiten Jahreshälfte 1991 setzt dann jedoch ein anhaltender Rückgang des Anteils des Handels bis auf 25 % im Jahr 1994 ein, womit er dann deutlich niedriger ist als in Westdeutschland. Letzterer bleibt im Zeitablauf relativ stabil, wenn auch hier ab dem zweiten Halbjahr 1992 eine leichte Abschwächung zu beobachten ist. Aufgrund des enormen Umfangs des Eintritts neuer Unternehmen in den ersten 20 Monaten nach der Grenzöffnung ist bei Betrachtung der gesamten Untersuchungsperiode die Bedeutung des Handels für das Gründungsgeschehen in beiden Regionen jedoch in etwa gleich. Die starken Veränderungen in den neuen Ländern sind nicht überraschend. Die während des 40-jährigen Bestehens der DDR aufgestauten Konsumwünsche der ostdeutschen Verbraucher führten nach der Einführung der DM zu einer enormen Nachfrage nach westlichen Konsumgütern, auf die vor allem die westdeutschen Handelsunternehmen sehr schnell reagierten. Zur Erschließung des ostdeutschen Marktes wurden dabei die Einkaufszentren häufig „auf der grünen Wiese“ am Rande der Städte errichtet, um den Mangel an Gewerbeflächen in den Innenstädten oder der zeitintensiven Klärung von Eigentumsansprüchen auszuweichen. Hierdurch wurde relativ schnell eine Marktsättigung erreicht, die den Eintritt für neue Unternehmen unattraktiv macht. Weiterhin dürfte die Nachfrage nach gehobenen Konsumartikeln, die häufig von den Handelsketten nur unzureichend befriedigt

23 Eine Reihe von Studien zeigt, daß bevorstehende oder eingetretene Arbeitslosigkeit ein wichtiges Motiv für die Gründung eines eigenen Unternehmens darstellt. Vgl. u.a. Evans/Leighton (1989,1990) u. Pfeiffer (1994).

24 Dies gilt insbesondere, wenn man hier auch das Gründungsgeschehen im Jahr 1989 mitberücksichtigt.

wird und daher Marktischen für kleinere Einzelhandelsgeschäfte bietet, in den neuen Ländern nicht zuletzt wegen der höheren Unterbeschäftigung geringer sein als in Westdeutschland.

Die zeitliche Entwicklung der Bedeutung des ostdeutschen Handels für das Gründungsgeschehen wird weitestgehend durch den *Einzelhandel* bestimmt, auf den in der Untersuchungsperiode knapp 74 % aller neuen Handelsunternehmen entfallen. Allerdings bleibt die Struktur des Handels (*Einzel-, Großhandel, Handelsvermittlung*) ab Januar 1992 in etwa konstant. Im Gegensatz hierzu nimmt der entsprechende Anteil der Gründungen im Einzelhandel in Westdeutschland ab der ersten Jahreshälfte 1992 bis zum Ende um sieben Prozentpunkte zu (Durchschnitt 63 %). Dieser Zugewinn geht vor allem auf Kosten des *Großhandels*, dessen Beitrag an den Gründungen im Handelssektor mit im Mittel knapp 26 % jedoch um etwa neun Prozentpunkte über demjenigen in Ostdeutschland liegt.

Die Dienstleistungen stellten in der ehemaligen DDR im Vergleich zu marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften den am stärksten unterentwickelten Sektor dar. Entscheidende Ursache hierfür war, daß die Dienstleistungen von der politischen Führung der DDR als unproduktiver Wirtschaftsbereich angesehen wurden, während sie sich in den westlichen Industrieländern in der letzten Dekade als wesentlicher Träger des Wirtschafts- und vor allem des Beschäftigtenwachstums erwiesen haben. Trotz des enormen Nachholbedarfs, liegt in den ersten fünf Jahren des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses der Anteil der Dienstleister an den Gründungen in den neuen Bundesländern deutlich unterhalb des entsprechenden Wertes in Westdeutschland. Beide Regionen weisen dabei im Zeitablauf eine starke Zunahme der Bedeutung dieses Sektors auf, die in Ostdeutschland noch ausgeprägter ausfällt als in den alten Ländern.

Zu dieser Entwicklung tragen die einzelnen Dienstleistungsbranchen allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß bei. So steigt der Anteil der *unternehmensbezogenen Dienstleistungen* (WZ 78) an allen Gründungen in Ostdeutschland ab der zweiten Jahreshälfte 1991 bis zum Ende des Beobachtungszeitraums um mehr als vier Prozentpunkte an. In Westdeutschland hingegen bleibt der Beitrag dieser Branche an der gesamten Gründungsinzidenz weitgehend konstant, d.h. ihre Bedeutung für die Gründungen im Dienstleistungsbereich nimmt ab und erreicht diesbezüglich im Jahr 1994 einen Wert, der in etwa demjenigen in Ostdeutschland entspricht. Auch hinsichtlich der Struktur der unternehmensbezogenen Dienstleister sind einige bemerkenswerte Differenzen zwischen den alten und neuen Ländern ersichtlich. So kommt den technischen Beratungs- und Planungsfirmen (WZ 784) für die Anzahl der Gründungen im WZ 78 in Ostdeutschland mit einem Anteil von 33,5 % fast die doppelte Bedeutung zu wie im Westen. Dies ist aufgrund der regen Bautätigkeit im Osten kein überraschendes Ergebnis. In den alten Ländern ist demgegenüber der Anteil des WZ 789 (Markt- und Meinungsforschung, Bewachung, Messewesen, Auskunft-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Vermögensverwaltung) am WZ 78 im Mittel etwa 20 Prozentpunkte höher als im Osten (55 % resp. 34,5 %). Beide Regionen sind durch eine Zunahme dieses

Anteils während der Untersuchungsperiode charakterisiert. Die Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung (WZ 781) nimmt in Ost und West in diesem Zusammenhang etwa den gleichen Rang ein.

Die dynamischste Entwicklung bei den ostdeutschen Dienstleistern weisen der Wirtschaftszweig *Vermietung beweglicher Sachen (ohne Buch-, Zeitschriften und Filmverleih), Grundstücks- und Wohnungswesen, Beteiligungsgesellschaften* (WZ 79) auf. Ist der Anteil dieser Branche an allen Unternehmensgründungen zu Beginn noch etwa 2,5-fach so niedrig wie der der unternehmensbezogenen Dienstleister, so erreicht er 1994 die gleiche Höhe wie dieser. Zu diesem starken Anstieg tragen dabei das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Beteiligungsgesellschaften überdurchschnittlich bei, während die relative Bedeutung des Wirtschaftszweigs *Vermietung beweglicher Sachen* (WZ 791) bis zum Jahr 1994 auf ein Drittel ihres Anfangswertes zurückgeht. Zusammen repräsentieren die unternehmensbezogenen Dienstleistungen und der WZ 79 im Jahr 1994 knapp ein Viertel des gesamten Gründungsgeschehens und mehr als 60 % der neuen Dienstleistungsunternehmen. Auch im westlichen Teil der Bundesrepublik resultiert der größte Teil der Dynamik im Dienstleistungssektor aus dem WZ 79, dessen Struktur hier aber über die Zeit weitgehend konstant bleibt. Der Anteil der Beteiligungsgesellschaften (WZ 797) an allen Gründungen des WZ 79 ist in Westdeutschland zweimal so hoch wie in den neuen Ländern. Eine gegenläufige Entwicklung ist in den beiden Regionen für die Branche *Wissenschaft, Kultur und Bildung* (WZ 75) zu beobachten. Während in Ostdeutschland sich die Bedeutung dieser Branche für die Gründungen im Dienstleistungssektor im Zeitablauf mehr als halbiert, wächst sie im Westen um ca. ein Drittel an. Aus den beiden gegenläufigen Prozessen resultiert jedoch am Ende der Untersuchungsperiode eine stärkere Angleichung als im Jahr 1990.

Das *Gastgewerbe* stellte in Ostdeutschland zu Beginn des Transformationsprozesses aufgrund der Defizite im Fremdenverkehr und der Nachfrage westlicher Geschäftsleute einen im Vergleich zu Westdeutschland bedeutsameren Faktor für die Entstehung neuer Dienstleistungsunternehmen dar. In Relation zur gesamten Gründungsinzidenz bleibt sein Anteil zwar weitgehend konstant, bezogen auf den Dienstleistungssektor sinkt seine Bedeutung damit im Zeitablauf jedoch deutlich ab und erreicht hier in 1994 einen zu den alten Ländern vergleichbaren Wert (ca. 18,5 %). Einen deutlich höheren Beitrag zur Anzahl der Dienstleistungsgründungen leistet erwartungsgemäß das *Gesundheitswesen* (WZ 77) in Ostdeutschland mit durchschnittlich 7 % (Westdeutschland 1,5 %).

Für den Wirtschaftszweig Verkehr/Nachrichtenübermittlung ist in Ostdeutschland ein starker Rückgang vom Beginn des Transformationsprozesses bis zum zweiten Halbjahr 1992 von 11 % auf ca. 4,5 % ersichtlich. Von diesem Zeitpunkt an bleibt der Anteil dann in etwa konstant und ist damit nahezu mit dem westdeutschen Wert identisch, der im Zeitablauf praktisch unverändert bleibt. Die Entwicklung in Ostdeutschland wird in erster Linie durch den WZ 51 (*Verkehr/Nachrichtenübermittlung ohne Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung*) determiniert,

dessen Anteil am gesamten Gründungsgeschehen bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auf ein Drittel seines anfänglichen Wertes fällt. Zwar geht auch die Bedeutung der Branche *Speditionen, Lagerei, Verkehrsvermittlung* (WZ 55) bezogen auf alle neue Unternehmen zurück, relativ zum Wirtschaftszweig Verkehr/Nachrichten-übermittlung nimmt sie bis zum Ende der Beobachtungsperiode jedoch stark zu (von 21 % auf 34 %). Dennoch liegt sie damit noch deutlich unter dem entsprechenden Anteil der Speditionen in den alten Bundesländern (knapp 44 %). Grundsätzlich ist hier aber - in etwas abgeschwächter Form - die gleiche Entwicklungstendenz festzustellen.

Bei den Finanzunternehmen ist zu berücksichtigen, daß in der Datenbank CREDITREFORMs Banken und Versicherungsunternehmen als Kreditanbieter unterrepräsentiert sind. In Ostdeutschland ist das Gründungsgeschehen in diesem Bereich durch die Ausdehnung des Filialnetzes der großen westdeutschen Kredit- und Versicherungsinstitute geprägt. Lediglich bei den Volks- und Raiffaisenbanken sowie den Sparkassen dürfte es im nennenswerten Umfang zu eigenständigen Gründungen gekommen sein. In den alten Bundesländern entstehen eigenständige Banken oder Versicherungsunternehmen nur noch in sehr geringem Umfang. Die in den Tabellen 5 und 6 für den Finanzsektor ausgewiesenen Zahlen repräsentieren damit in Ostdeutschland zu 91 % und in Westdeutschland zu 94 % Gründungen von *Versicherungsvertretern sowie den sonstigen Finanzvermittlern* (WZ 65). Wie für den Handel ist in den neuen Bundesländern ein deutliche Zunahme der relativen Anzahl der neuen Finanzunternehmen mit Beginn der Währungsunion zu erkennen. Mit Ausnahme der ersten sechs Monate des Jahres 1990 liegt der Anteil dann ein bis zwei Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Beide Teilräume sind jedoch gegen Ende des Untersuchungszeitraums durch einen Rückgang der Bedeutung der Finanzbranche charakterisiert.

Zusammenfassend läßt sich in den alten Bundesländern erwartungsgemäß eine temporal wesentlich konstantere Struktur des Gründungsgeschehens als in Ostdeutschland festzustellen. Zwar bestehen in 1994 noch immer deutliche Unterschiede in der relativen Bedeutung der einzelnen Sektoren - vor allem des Handels, des Baugewerbes und der Dienstleistungen - , die Entwicklungen weisen jedoch insgesamt auf eine zunehmende Angleichung der Gründungsstrukturen hin. Dies gilt insbesondere, wenn man die Branchenstruktur der neuen Unternehmen innerhalb der in den Tabellen 5 und 6 aufgeführten Wirtschaftszweigen analysiert.

4.3 Regionale Unterschiede in der sektoralen Verteilung der Gründungen in den neuen Bundesländern

Tabelle 7 zeigt die sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen im gesamten Untersuchungszeitraum getrennt für die fünf Bundesländer und Ost-Berlin. Die zeitliche Entwicklung in den einzelnen Regionen ist nach Jahren im Anhang (Tabellen 15 bis 20) dargestellt. In allen Teilräumen lassen sich demnach - wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung - mit wenigen Ausnahmen die im vorherigen Abschnitt für die Gesamtregion Ostdeutschland aufgezeigten Tendenzen hinsichtlich der Entwicklung der Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige am Gründungsgeschehen beobachten: Langsame Abnahme für das Verarbeitende Gewerbe, ausgeprägte Zunahme für die Dienstleistungen und im Jahr 1994 für das Baugewerbe, deutlicher Rückgang für den Handel und den Sektor Verkehr/Nachrichtenübermittlung.

Unternehmensgründer errichten ihren Betrieb häufig in einem zu ihrer vorherigen Tätigkeit bzw. Ausbildung eng verwandtem Wirtschaftszweig. Darüber hinaus stellt das Arbeitskräftepotential mit branchenspezifischer Qualifikation einen wichtigen Standortfaktor dar. Aus diesem Grund ist zu erwarten, daß sich die sektorale Beschäftigtenstruktur in den Regionen (Tabelle 8) auch in der entsprechenden Verteilung der Unternehmensgründungen widerspiegelt. Bei einer Gegenüberstellung der Tabellen 7 und 8 ist allerdings zu berücksichtigen, daß aufgrund der starken vertikalen Integration der Staatsbetriebe im Vergleich zu westlichen Volkswirtschaften in der DDR überdurchschnittlich viele Beschäftigte offiziell einer anderen Branche zugeordnet waren, als es ihrer eigentlichen Tätigkeit entsprach. Zwar hat das Statistische Bundesamt versucht, diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen. Bei den Korrekturen handelt es sich jedoch wegen mangelnder Informationen nur um grobe Schätzungen. Die Angaben in Tabelle 7 beziehen sich weiterhin auf die Gesamtheit der Unternehmensgründungen in den ersten fünf Jahren des Transformationsprozesses. Dieser Zeitraum ist jedoch durch einen starken Strukturwandel und bedeutsame Migrationsprozesse geprägt.²⁵

Die höchste relative Anzahl neugegründeter Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe weisen Sachsen-Anhalt, Thüringen und - mehr als einen Prozentpunkt niedriger - Sachsen auf. Deutlich geringer sind die Anteile hingegen erwartungsgemäß in Ost-Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. In beiden Regionen war dieser Sektor bereits in der ehemaligen DDR unterrepräsentiert. Mit Ausnahme Ost-Berlins, das durch eine deutliche Dominanz der Branche *Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren* (WZ 25) gekennzeichnet ist, stellt in allen Regionen der *Stahl-, Maschinen-, Fahrzeug- und EDV-Gerätebau* (WZ 24) den wichtigsten Industriezweig für die Gründungsinzidenz im Verarbeitenden Gewerbe dar. Besonders

²⁵ Beide Prozesse sind wiederum durch die Gründungsaktivitäten beeinflusst.

Tabelle 7: Unternehmensgründungen nach Bundesländern und Wirtschaftszweigen im Zeitraum von Januar 1990 bis Dezember 1994 (Angaben in %)

	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
Brandenburg	0,24	10,01	17,38	32,58	5,94	3,16	30,70	100
Meckl.-Vorp.	0,39	8,64	18,88	31,13	6,41	3,60	30,94	100
Sachsen	0,21	10,96	14,52	31,87	6,36	3,29	32,79	100
Sachsen-Anhalt	0,27	12,39	16,92	31,14	6,01	3,56	29,71	100
Thüringen	0,27	12,13	15,66	31,71	6,54	3,99	29,70	100
Ost-Berlin	0,08	6,90	14,54	27,55	5,42	2,99	42,52	100
Ostdeutschland	0,24	10,71	16,16	31,49	6,19	3,45	31,77	100

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

hoch ist sein Anteil mit jeweils 30,6 % in Brandenburg und Sachsen-Anhalt (Sachsen 26,5 %, Thüringen 24,3 %). Der WZ 24 spielt damit auch bezogen auf die Gesamtzahl der Gründungen für Sachsen-Anhalt die bedeutsamste Rolle. Allerdings ist das größere Gewicht dieses Wirtschaftszweigs in diesem Bundesland allein auf einen höheren Anteil der Kfz-Werkstätten (WZ 249) zurückzuführen. Weiterhin nimmt in Sachsen-Anhalt die Bedeutung des Maschinen- und Fahrzeugbaus für die Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe im Zeitablauf deutlich ab, während für Brandenburg und in geringerem Ausmaß auch für Sachsen eine konträre Entwicklung festzustellen ist. Die Entwicklungen innerhalb des WZ 24 verlaufen jedoch in allen Regionen weitgehend analog (vgl. Kapitel 4.2). Wie im Durchschnitt Ostdeutschlands stellt der Wirtschaftszweig *Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren* (WZ 25) in allen fünf Flächenländern die zweitwichtigste Branche für die Gründungsinzidenz des Verarbeitenden Gewerbes dar.

Die verschiedenen Industriezweige wiesen in der DDR zum Teil eine enorme räumliche Konzentration auf. So waren im ehemaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt im Jahre 1989 knapp 60 % der Beschäftigten der Textilindustrie der DDR tätig (Bezirk Dresden 11 %, Bezirk Erfurt 14 %), im Bezirk Halle 40 % der Erwerbstätigen der chemischen Industrie konzentriert.²⁶ Im Vergleich zur regionalen Verteilung aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes kam weiterhin der metallverarbeitenden Industrie in den heutigen Bundesländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt, der Elektrotechnik, Feinmechanik in Thüringen und Ost-Berlin, dem Ernährungsgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern und dem Wirtschaftszweig Steine/Erden in Thüringen eine weit überdurchschnittliche Bedeutung zu.

²⁶ Das Staatsgebiet der DDR war in 15 Bezirke eingeteilt. Die ehemaligen Bezirke Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig entsprechen heute dem Bundesland Sachsen.

Tabelle 8: Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen und Bundesländern im Jahresdurchschnitt 1989 (Angaben in %)

	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
Brandenburg	9,04	45,57	11,52	13,75	11,41	0,97	7,72	100
Meckl.-Vorp.	3,08	38,71	13,09	17,13	16,43	1,17	10,40	100
Sachsen	4,95	59,19	8,04	11,26	8,07	0,80	7,70	100
Sachsen-Anhalt	5,09	54,52	9,90	12,81	10,04	0,85	6,79	100
Thüringen	6,10	58,33	8,53	11,81	7,46	0,82	6,94	100
Ost-Berlin	2,32	35,77	10,30	17,08	14,71	1,09	18,73	100
Ostdeutschland	5,36	52,30	9,64	13,05	10,16	0,90	8,60	100

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Anm: Die mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten (WZ 65) sowie die für Unternehmen tätigen Organisationen ohne Erwerbzweck (WZ 83) wurden hier den Dienstleistungen zugerechnet.

Betrachtet man die Verteilung der Gründungen in diesen Industriezweigen über die Bundesländer und Ost-Berlin unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl im Gründungszeitpunkt, so lassen sich diese Charakteristika mit Ausnahme der Textil- und Bekleidungsindustrie in Sachsen nur in deutlich abgeschwächter Form oder überhaupt nicht mehr beobachten. Die nicht im Rahmen der Privatisierung entstehenden Unternehmen führen demnach zumindest auf diesem Aggregationsniveau tendenziell²⁷ zu einer regionalen Dekonzentration der ehemaligen Industriestrukturen. Allerdings sprechen die von Harhoff/Stahl/Steil (1995) auf der Ebene der Kreise erzielten Ergebnisse in der Regel für einen positiven Einfluß des Beschäftigtenanteils der einzelnen Industrien in der ehemaligen DDR auf die Anzahl bzw. den Anteil der nach 1990 in diesen Branchen jeweils gegründeten Unternehmen.

Der im Vergleich zum Durchschnitt der Bundesländer sehr hohe Anteil der Dienstleistungsunternehmen an den Gründungen in Ost-Berlin findet sich in der gleichen Deutlichkeit in der Erwerbstätigenstruktur des Jahres 1989 wieder. Die Differenz von etwa 12 Prozentpunkten läßt sich zu mehr als die Hälfte auf eine größere relative Bedeutung der *unternehmensbezogenen Dienstleistungen* zurückführen. Der verbleibende Unterschied geht vor allem auf die Anteile im Wirtschaftszweig *Vermietung beweglicher Sachen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Beteiligungsgesellschaften* (WZ 79) sowie in geringerem Umfang auf den Bereich *Bildung, Wissenschaft und Kultur* (WZ 75) zurück. Auch in Sachsen liegt der Anteil der unternehmensbezogenen

²⁷ Für eine uneingeschränkte Aussage müßten regionale Unterschiede in der Überlebenswahrscheinlichkeit sowie der Wachstumsdynamik der neuen Unternehmen berücksichtigt werden.

Dienstleistungen und des WZ 79 jeweils etwa zwei Prozentpunkte über denjenigen der anderen Bundesländer. Dafür spielt hier ebenso wie in Ost-Berlin das *Gastgewerbe* nur eine unterdurchschnittliche Rolle. Mecklenburg-Vorpommern weist für diese Branche den höchsten Anteil an allen Unternehmensgründungen auf gefolgt von Sachsen-Anhalt.

Die relative Bedeutung des Handels für das Gründungsgeschehen unterscheidet sich zwischen den Ländern Ostdeutschlands nur wenig. Diese Aussage ist weitgehend auch bei einer weiteren Differenzierung des Handels in *Einzel-, Großhandel und Handelsvermittlung* gültig. Der im Vergleich zu den fünf Bundesländern um vier Prozentpunkte niedrigere Anteil des Handels in Ost-Berlin, der im Gegensatz zur Struktur der Erwerbstätigen des Jahres 1989 steht, läßt sich gänzlich auf die schwache relative Gründungsdynamik im Einzelhandel zurückführen. In diesem Wirtschaftszweig liegt der Anteil an der gesamten Gründungsinzidenz in Ost-Berlin sogar mehr als sieben Prozentpunkte unter den entsprechenden Anteilen in den Ländern. Überdurchschnittlich hoch ist in Ost-Berlin dafür die Bedeutung des Großhandels und vor allem der Handelsvertretungen. Die geringe Bedeutung des Einzelhandels dürfte vor allem auf die Nähe zu West-Berlin und zu einem geringeren Teil auch auf die insbesondere zu Beginn des Transformationsprozesses praktizierte Strategie zurückzuführen sein, Einkaufszentren außerhalb der Städte auf der „grünen Wiese“ zu errichten. Dies könnte auch eine Erklärung für den etwas höheren Anteil des Einzelhandels in Brandenburg darstellen.

Die zu beobachtenden regionalen Unterschiede hinsichtlich der Rolle des Baugewerbes für die Anzahl der neugegründeten Unternehmen finden mit Ausnahme Ost-Berlins ihr Pendant in den regionalen Differenzen in der Beschäftigtenstruktur der ehemaligen DDR. Auffallend ist vor allem die hohe Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs in Mecklenburg-Vorpommern und der für ostdeutsche Verhältnisse niedrige Anteil in Sachsen und Ost-Berlin. Für letztere Region wird dies wie im Einzelhandel auch durch die Nähe zu West-Berlin induziert sein. Die Verteilung der neuen Bauunternehmen auf das *Ausbau- und das Bauhauptgewerbe* ist in den sechs Regionen jedoch nahezu identisch (53,5 % resp. 46,5 %). Für den Finanzsektor und den Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung sind nur relativ geringe regionale Differenzen ersichtlich. Allerdings entfallen in Sachsen-Anhalt deutlich mehr der neuen Unternehmen in letzterem Wirtschaftszweig auf die *Speditionen, Lagereien und Verkehrsvermittlungsfirmen* WZ 55 (41,5 %, übrige Länder 19-25 %).

Ein wesentlich heterogeneres Bild als in Tabelle 7 zeichnet sich bei einem Vergleich der sektoralen Struktur der neuen Unternehmen auf der Ebene der Stadt- und Landkreise ab (Tabelle 9). Eine nach Jahren differenzierte Betrachtung zeigt dabei, daß für eine Reihe von Branchen die regionale Variation ihrer Anteile am Gründungsgeschehen im Zeitablauf zugenommen hat. Ebenso verschiebt sich die relative Bedeutung vieler Wirtschaftszweige zwischen den Kreisen, d.h. ein hoher Anteil einer Branche in den Jahren 1990 oder 1991 impliziert noch keine entsprechende

Bedeutung am Ende des Beobachtungszeitraums et vice versa. Bestimmte Branchen wie etwa die unternehmensbezogenen Dienstleistungen weisen jedoch über den gesamten Zeitraum vergleichsweise hohe Korrelationskoeffizienten bezüglich ihres Anteils an der Gründungsinzidenz in den einzelnen Jahren auf. Auch hier nimmt jedoch wie in den meisten Wirtschaftszweigen der Zusammenhang zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Zeitablauf deutlich ab. Eine gegenteilige Entwicklung ist z.B. für den WZ 79 oder die chemische Industrie zu beobachten.

Tabelle 9: Anteile ausgewählter Wirtschaftszweige an der Gründungsinzidenz in den Kreisen Ostdeutschlands in den Jahren 1990 bis 1994 (Angaben in %)

Wirtschaftszweig	Median	Mittelwert	Standardabweich.	Minimum	Maximum
<i>Verarbeitendes Gewerbe</i>	11,34	11,47	2,63	5,54	19,85
Masch.- u. Fahrzeugbau EDV-Geräte (WZ 24)	3,07	3,22	1,02	1,16	6,58
Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM (WZ 25)	1,92	2,04	0,87	0,20	4,94
<i>Baugewerbe</i>	16,95	17,19	3,14	10,20	28,04
Bauhauptgewerbe	7,81	7,99	1,76	4,21	13,86
<i>Handel</i>	33,62	33,31	3,87	23,26	44,16
Großhandel	5,30	5,41	1,43	1,97	10,54
<i>Dienstleistungen</i>	27,58	28,23	5,0	17,72	48,23
Unternehmensbezogene Dienstleister (WZ 78)	6,55	7,18	2,88	1,90	17,31
Wohnungswesen/Beteiligungsges. (WZ 79)	5,51	6,09	2,57	1,44	14,71

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

4.4 Regionale Unterschiede im Niveau des Gründungsgeschehens

Die bisher vorgestellten Ergebnisse erlauben keine Rückschlüsse über regionale Unterschiede im Umfang der Gründungsaktivitäten. In diesem Abschnitt werden daher Gründungsraten für die Bundesländer sowie die Kreise und kreisfreien Städte berechnet, d.h. die Anzahl der neuen Unternehmen in den einzelnen Regionen durch die jeweilige Zahl der Erwerbspersonen bzw. Erwerbsfähigen dividiert.²⁸ Die Wahl der Erwerbspersonen als Gewichtungsfaktor erscheint aufgrund der Tatsache zeckmäßig, daß die weit überwiegende Anzahl von Gründungen von natürlichen Personen durchgeführt wird. Diese errichten nach der vorliegenden empirischen Evidenz ihr Unternehmen in der Regel an oder in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes.²⁹ Hinsichtlich der Interpretation der Erwerbspersonen als Indikator für das Gründerpotential einer Region ist jedoch zu berücksichtigen, daß in Ostdeutschland der relative Anteil neuer Unternehmen, die von bereits existierenden Firmen oder - hier insbesondere aus Westdeutschland - zugewanderten Personen gegründet wurden, höher sein dürfte als in den meisten Regionen, auf die sich diese Studien beziehen. Da Arbeitslosigkeit häufig ein Motiv für eine Gründung darstellt und ihr Ausmaß in den neuen Bundesländern regional nicht unerheblich variiert,³⁰ sind die Erwerbspersonen im Vergleich zu den Erwerbstätigen die geeignetere Bezugsgröße. Bei der branchenspezifischen Analyse wird hier aus folgenden Gründen keine sektorale Differenzierung des Gewichtungsfaktors vorgenommen. Zum einen lassen sich die Arbeitslosen nicht den einzelnen Wirtschaftszweigen zurechnen, zum anderen wurden aufgrund der starken vertikalen Integration der ehemaligen Staatsbetriebe viele Beschäftigte in der DDR einer anderen Branche zugeordnet als es ihrem eigentlichen Tätigkeitsbereich entsprach. Für die ersten Jahre des Transformationsprozesses sind die Angaben zur sektoralen Beschäftigtenstruktur daher mit einer Reihe von Unsicherheiten behaftet. Dies betrifft insbesondere regionale Unterschiede in der Zuordnung der in den Treuhandunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer. Des weiteren ist die sektorale Struktur der DDR Ende der 80er Jahre in etwa mit derjenigen der BRD im Jahr 1960 vergleichbar. Die in den neuen Ländern sich in vergleichsweise kurzer Zeit vollziehende Anpassung an die Strukturen der internationalen Arbeitsteilung läßt eine überdurchschnittliche Anzahl von Gründern ohne Branchenerfahrung vermuten.³¹

Da an dieser Stelle nur Unterschiede im Umfang des Entstehens neuer Unternehmen innerhalb Ostdeutschlands interessieren, werden die Gründungsraten in den einzelnen Regionen im Folgenden in Relation zu der für Ostdeutschland insgesamt berechneten Gründungsintensität gesetzt. Die

²⁸ Aus Gründen der Datenverfügbarkeit werden die Erwerbsfähigen teilweise anstelle der Erwerbspersonen als Gewichtungsfaktor verwendet. Die nachfolgende Argumentation bleibt hiervon jedoch unberührt.

²⁹ Vgl. zur Mobilität von Gründern Harhoff (1995) und die dort angegebene Literatur.

³⁰ Vgl. hierzu Blien/Hirschenauer (1994).

³¹ Valerius (1994) hat bei ihrer Befragung „neuer“ Selbständiger in Brandenburg und Ost-Berlin einen Anteil von Gründern ohne Branchenerfahrung von knapp 30 % ermittelt.

in den nachstehenden Tabellen und Abbildungen ausgewiesenen Zahlen geben somit an, um wieviel Prozent die regionalen Gründungsdaten über (positives Vorzeichen) oder unter (negatives Vorzeichen) der durchschnittlichen Gründungsintensität Ostdeutschlands liegen. Die ermittelten Differenzen sind unabhängig von der in Kapitel 2 beschriebenen Untererfassung neuer Unternehmen im ZEW Gründungspanel, da keine systematischen Unterschiede im regionalen Erfassungsgrad bestehen.

Tabelle 10: Prozentuale Abweichung der Gründungsintensität in den Bundesländern und Ost-Berlin vom Durchschnitt Ostdeutschlands nach Jahren

	1990	1991	1992	1993	1994
Brandenburg	7,6	6,3	- 0,6	1,8	4,5
Meckl.-Vorpom.	- 8,9	- 0,6	1,2	0,1	- 2,2
Sachsen	- 3,5	- 3,2	- 2,0	- 3,6	- 2,0
Sachsen-Anhalt	0,4	3,4	- 2,7	- 2,6	- 2,2
Thüringen	14,3	7,1	9,7	8,4	3,5
Ost-Berlin	- 19,4	- 21,1	- 6,6	- 2,1	- 0,9

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost, Statistisches Bundesamt

Anm.: Bezugsgrößen: 1990: Erwerbsfähige 31.12.1989; 1991, 1993, 1994: Erwerbspersonen im April des jeweiligen Jahres; 1992: Erwerbspersonen im Januar 1992.

Betrachtet man den Eintritt neuer Unternehmen ohne Branchendifferenzierung, so sind vor allem für die beiden ersten Jahren des Transformationsprozesses deutliche Disparitäten zwischen den Bundesländern bzw. Ost-Berlin zu erkennen (Tabelle 10). In Ost-Berlin liegt die Gründungsdynamik 1990 und 1991 etwa 20 % unterhalb der durchschnittlichen Gründungsrate Ostdeutschlands. Ab dem Jahr 1992 ist dann jedoch eine zunehmende Niveauangleichung zwischen den sechs Regionen festzustellen. Die anfängliche relative Gründungsschwäche in Ost-Berlin dürfte insbesondere auf die folgenden Faktoren zurückzuführen sein. Ein bedeutender Teil der aufgestauten Nachfrage, der in den anderen Regionen den Eintritt neuer Unternehmen induzierte, wurde hier durch West-Berliner Firmen gedeckt. Weiterhin ist zu vermuten, daß die Anzahl von Restitutionsansprüchen in Ost-Berlin - auch wegen der zu erwartenden Gewinne aus Grundstücksverkäufen - überdurchschnittlich hoch war und damit die ungeklärten Eigentumsverhältnisse als Gründungshemmnis besonders stark zum Tragen kamen. Der hohe Anteil der Beschäftigten in der Staats- bzw. Parteiverwaltung erscheint als eine weitere plausible Ursache für die geringere Gründungsneigung der Ost-Berliner Bevölkerung.³² Darüber hinaus erlaubt auch eine Gründung im Berliner

³² Lechner (1993) fand bei seinen Untersuchungen auf Basis des sozioökonomischen Panels Ost eine signifikant niedrigere Wahrscheinlichkeit für den Eintritt in die Selbständigkeit bei Personen, die zuvor in der öffentlichen Verwaltung tätig waren.

Umland eine weitgehende Nutzung der Agglomerationsvorteile Berlins und wird daher von einer Reihe der neuen Unternehmen u.a. aus Kostengründen dem Stadtgebiet als Standort vorgezogen worden sein.

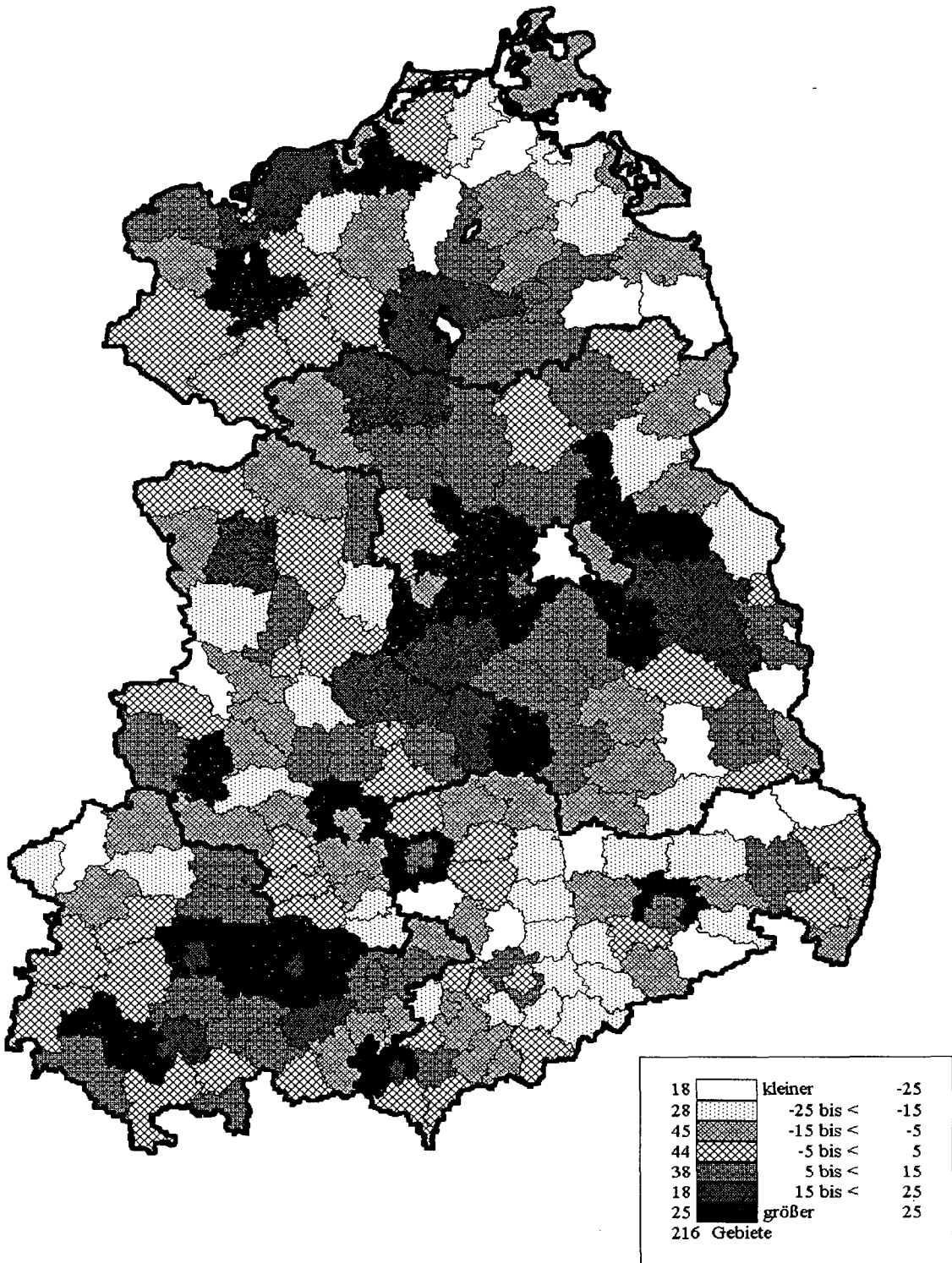
Die Nähe vieler Regionen Brandenburgs zu Berlin erklärt ebenfalls die vergleichsweise hohen Gründungsaktivitäten in diesem Bundesland. Dies verdeutlicht Abbildung 3, in der für Brandenburg in erster Linie für die Umlandkreise von Berlin überdurchschnittliche Gründungsdaten zu erkennen sind.³³ Auch in den übrigen Bundesländern weisen die Umlandkreise der Kernstädte in der Regel die höchste Gründungsdynamik auf. Allerdings holt die Gründungsintensität in einer Reihe von kreisfreien Städten im Vergleich zum jeweiligen Umland während der Untersuchungsperiode auf und übertrifft diese am Ende sogar teilweise. Ein einheitliches Bild läßt sich diesbezüglich jedoch nicht feststellen. Eine Ursache für diese Entwicklung könnte in den Fortschritten bei der Lösung der ungeklärten Eigentumsfragen liegen. In bestimmten Branchen wie z.B. den unternehmensbezogenen Dienstleistungen haben die Gründer bereits von Beginn an vorzugsweise die Kernstädte als Standorte gewählt (Abbildung 5 im Anhang). Neben Berlin scheinen insbesondere Leipzig und Dresden einen hohen Rang in der Standortpräferenz dieses Wirtschaftszweigs zu besitzen, was sich in der Gründungsdynamik des Umlands dieser Städte widerspiegelt.

Ein etwas überraschendes Resultat stellen die mit Ausnahme des Jahres 1990 in etwa durchschnittlichen Gründungsdaten in Mecklenburg-Vorpommern dar. Die kartographische Darstellung läßt erkennen, daß dieses Ergebnis vor allem auf überdurchschnittliche Gründungsaktivitäten in Schwerin und Umland, der Ostseeregion zwischen Rostock und Wismar sowie in den Kreisen um die Mecklenburgische Seenplatte zurückzuführen ist. In letzterer Region resultiert das hohe Niveau jedoch nur aus den Gründungsaktivitäten der ersten zwei bis drei Jahre. Ab diesem Zeitpunkt entsprechen die Gründungsdaten dann dem Durchschnitt der neuen Länder oder liegen unter diesem. Genau entgegengesetzt verläuft die Entwicklung auf der ebenfalls in erster Linie durch den Tourismus geprägten Insel Rügen.

Der Eintritt neuer Unternehmen in Thüringen konzentriert sich auf das Gebiet entlang der Städte Suhl, Erfurt, Weimar, Jena und Gera. Vor allem im ersten Jahr des Transformationsprozesses sind neben Suhl auch in weiteren Kreisen Süd-West Thüringens (Schmalkalden, Meiningen Hildburghausen) weit überdurchschnittliche Gründungsaktivitäten festzustellen. Wie in diesen Kreisen ist auch in der Region zwischen Ost-Berlin, Frankfurt/Oder und Eisenhüttenstadt, dem östlichsten Teil Sachsens (Kreise Bautzen, Niesky, Görlitz, Löbau, Zittau) sowie der Region östlich von Dessau (Kreise Roßlau, Wittenberg, Jessen, Herzberg, Gräfenhainichen) die Zahl der Gründungen stärker rückläufig als im Mittel Ostdeutschlands. Aus diesen Beispielen geht hervor, daß während

³³ Die in den Abbildungen 3 und 4 dargestellten Ergebnisse unterliegen der Einschränkung, daß hier regionale Unterschiede in der zeitlichen Entwicklung der Erwerbsfähigen nicht berücksichtigt sind.

Abbildung 3: Abweichung der Gründungsintensität in den Kreisen vom Durchschnitt Ostdeutschlands von 1990 bis 1994 (Angaben in %)



Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost, BfLR

Anm: Bezugsgröße: Erwerbsfähige 31.12.1989

der Untersuchungsperiode zum Teil deutliche Verschiebungen im Verhältnis der regionalen Gründungsintensitäten auch innerhalb der Bundesländer stattgefunden haben. Die Korrelation der Gründungsraten in den Kreisen zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren ist mit Koeffizientenwerten größer 0,7 jedoch recht ausgeprägt (Korrelationskoeffizient zwischen 1990 und 1994 = 0,38). Auffallend niedrige Gründungsraten weisen über den gesamten Untersuchungszeitraum viele der vom Sektor Energie/Bergbau geprägten Kreise wie etwa Borna, Hohenmölsen, Weißwasser, Calau und Senftenberg auf.

Die regionalen Unterschiede in den Gründungsaktivitäten sind für die einzelnen Wirtschaftszweige wesentlich ausgeprägter als für die Gesamtheit der neuen Unternehmen und weisen zum Teil hierzu entgegengesetzte Vorzeichen auf. Weiterhin ist im allgemeinen auch keine analoge Angleichung der Niveauunterschiede gegen Ende des Untersuchungszeitraums zu beobachten. Die Tabellen 11 bis 13 verdeutlichen dies exemplarisch für das Verarbeitende Gewerbe, den Bausektor und die Dienstleistungen. Während Mecklenburg-Vorpommern und vor allem Ost-Berlin nahezu in allen Jahren durch eine weit unterdurchschnittliche Gründungsinzidenz im Verarbeitenden Gewerbe gekennzeichnet sind, trifft für ersteres Bundesland im Baugewerbe und für Ost-Berlin im Dienstleistungssektor das Gegenteil zu. Das positive Bild, daß sich für Thüringen bei der Betrachtung des gesamten Gründungsgeschehens und stärker noch im Verarbeitenden Gewerbe abzeichnet, ist im Dienstleistungsbereich mit Ausnahme des Jahres 1990 nicht zu beobachten.

Für das Verarbeitende Gewerbe sind die regionalen Disparitäten für den gesamten Untersuchungszeitraum ebenfalls auf Kreisebene in Abbildung 4 dargestellt. Im Vergleich zur gesamten Gründungsinzidenz ist das Verarbeitende Gewerbe durch ein stärkeres Süd-Nord Gefälle charakterisiert. Ein günstigeres Bild zeigt sich dabei insbesondere für das Umland von Magdeburg, Teile Ost-Sachsens (Kreise Niesky, Bautzen, Görlitz) sowie eine Reihe an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegene Kreise. Der statistische Zusammenhang zwischen der Höhe der Gründungsraten in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nimmt für das Verarbeitende Gewerbe jedoch im Zeitablauf sehr deutlich ab, d.h. es findet eine stärkere Verschiebung der (klein-)räumlichen Schwerpunkte statt als beim gesamten Gründungsgeschehen.

Tabelle 11: Abweichung der Gründungsintensität im *Verarbeitenden Gewerbe* in den Bundesländern vom Durchschnitt Ostdeutschlands (Angaben in %)

	1990	1991	1992	1993	1994
Brandenburg	- 2,0	- 0,9	- 4,5	- 1,5	- 0,9
Meckl.-Vorpom.	- 31,5	- 20,5	- 13,7	- 11,7	- 17,7
Sachsen	0,5	- 1,9	1,1	- 2,1	- 1,9
Sachsen-Anhalt	16,4	21,0	9,8	11,2	16,9
Thüringen	27,1	22,0	27,1	22,1	19,6
Ost-Berlin	- 42,8	- 48,5	- 45,3	- 36,7	- 37,2

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost, Statistisches Bundesamt

Tabelle 12: Abweichung der Gründungsintensität im *Baugewerbe* in den Bundesländern vom Durchschnitt Ostdeutschlands (Angaben in %)

	1990	1991	1992	1993	1994
Brandenburg	21,4	6,4	1,6	11,0	19,5
Meckl.-Vorpom.	16,9	15,0	10,1	12,1	10,7
Sachsen	- 18,9	- 12,7	- 9,4	- 10,3	- 6,5
Sachsen-Anhalt	5,2	13,5	3,6	- 0,3	- 3,4
Thüringen	10,1	5,7	15,4	3,7	- 10,5
Ost-Berlin	- 31,7	- 29,0	- 22,2	- 9,3	- 3,3

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost, Statistisches Bundesamt

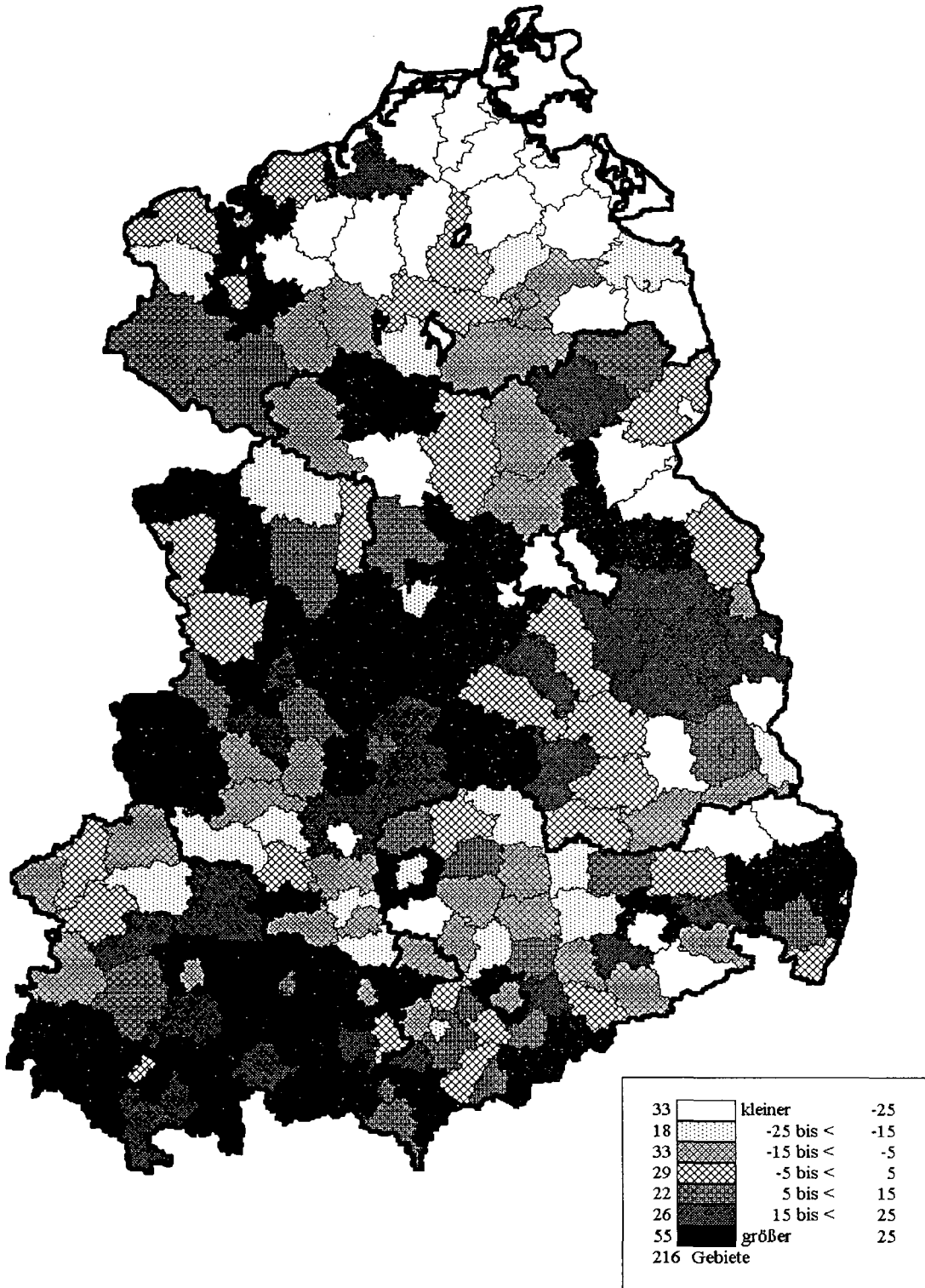
Tabelle 13: Abweichung der Gründungsintensität im *Dienstleistungssektor* in den Bundesländern vom Durchschnitt Ostdeutschlands (Angaben in %)

	1990	1991	1992	1993	1994
Brandenburg	7,2	6,1	- 6,4	- 4,1	- 5,2
Meckl.-Vorpom.	- 14,7	- 0,2	0,6	- 2,4	- 11,2
Sachsen	- 4,5	- 3,0	3,1	1,2	8,6
Sachsen-Anhalt	- 8,0	- 3,9	- 10,0	- 5,0	- 5,7
Thüringen	10,7	1,6	- 0,9	- 0,6	- 5,4
Ost-Berlin	20,3	3,9	22,9	17,7	17,3

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost, Statistisches Bundesamt

Anm.: Bezugsgrößen für Tabelle 11 bis 13 siehe Anmerkungen zu Tabelle 10.

Abbildung 4: *Prozentuale Abweichung der Gründungsintensität im Verarbeitenden Gewerbe vom Durchschnitt Ostdeutschlands im Zeitraum von 1990 bis 1994*



Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost, BfLR

Anm: Bezugsgröße: Erwerbsfähige Dezember 1989

Bislang liegen nur sehr wenige Untersuchungen vor, die als Vergleichsbasis für die hier vorgestellten Ergebnisse herangezogen werden können. Zarth (1994) hat auf Grundlage der Förderfälle im ERP-Programm Gründungsdaten auf Kreisebene für den Zeitraum 1990 bis 1992 berechnet. Zwar decken sich eine Reihe der Resultate mit der vorliegenden Studie, völlig konträre Ergebnisse sind jedoch z.B. für das Berliner Umland festzustellen, für das Zarth eine unter- bis sehr stark unterdurchschnittliche Gründungsintensität ermittelt.³⁴ Eigene Analysen auf Ebene der Bundesländer haben weiterhin ergeben, daß während der hier betrachteten Untersuchungsperiode auch keine regionale Angleichung hinsichtlich der Inanspruchnahme des ERP-Programms stattfindet, sondern die regionalen Disparitäten tendenziell zunehmen.

Im Hinblick auf die Differenzen in der Erfassung bzw. Abgrenzung neuer Unternehmen sind die Abweichungen jedoch schwer zu interpretieren. Bei den ERP-Daten handelt es sich um Förderfallzahlen, in denen auch Privatisierungen, bereits existierende Unternehmen sowie eine Reihe von Firmen mehrfach erfaßt sind (vgl. auch Kapitel 3). Lehmann (1994) hat auf Basis der Meldedaten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Zahl der Betriebsgründungen in den Jahren 1991 und 1992 errechnet. Diese Daten dürften auch nach dem Ausschluß von Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten eine nicht vernachlässigbare Zahl privatisierter Betriebe enthalten. Weiterhin werden nur solche Betriebe erfaßt, die zumindest einen abhängigen Arbeitnehmer beschäftigen. Bei ca. 30 % der neuen Unternehmen des Gründungspanels-Ost ist im Gründungszeitpunkt allein der Inhaber tätig.³⁵ Wenn auch die Gegenüberstellung mit der Studie von Lehmann kein einheitliches Bild ergibt, so ist die Übereinstimmung jedoch tendenziell größer als mit den Ergebnissen von Zarth.

³⁴ Für diesen Vergleich wurden die Gründungsdaten auf Basis des ZEW Gründungspanels für den gleichen Zeitraum berechnet. Zarth verwendet als Bezugsgröße allerdings die Einwohner im Alter von 20 bis 50 Jahren.

³⁵ In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß die Untererfassung in den Gründungspanels des ZEW vor allem die sehr kleinen Unternehmen betrifft. Von den im Rahmen der Münchner Gründerstudie untersuchten Unternehmen starteten 58 % mit nur einer Person. Vgl. Brüderl/Bühler/Ziegler (1993). Für weitere Probleme der auf den sozialvers. Beschäftigten basierenden Betriebsdateien vgl. Cramer (1987) und Fritsch/König/Weißhuhn (1994).

5 Determinanten der Gründungsinzidenz im Verarbeitenden Gewerbe

In diesem Kapitel werden erste Ergebnisse von ökonometrischen Analysen hinsichtlich der Bestimmungsgründe der im vorangehenden Abschnitt aufgezeigten regionalen Disparitäten in der Gründungsinzidenz vorgestellt. Die Untersuchungen beschränken sich zunächst auf das Verarbeitende Gewerbe. Analyseeinheiten stellen wiederum die Stadt- und Landkreise in der Gebietsabgrenzung vom 1.10.1990 dar. Die Kreise repräsentieren die kleinsten räumlichen Aggregate, für die zumindest einige Indikatoren zur Wirtschafts-, Sozial- und Infrastruktur flächendeckend vorhanden sind. In der Regel dürften sie eine ausreichende Differenzierung regionaler Strukturen gewährleisten. Allerdings ist die Datenlage zur Beschreibung dieser Strukturen insgesamt als unbefriedigend zu bezeichnen. Aus diesem Grund können nur einige der in der Literatur diskutierten Hypothesen bei den Analysen berücksichtigt werden.

Da die Anzahl der neugegründeten Unternehmen in einem Kreis sich durch eine diskrete Zufallsvariable beschreiben läßt, die die Eintrittshäufigkeit des Ereignisses „eine Gründung findet statt“ mißt, ist die Verwendung eines Zählmodells als ökonometrischer Ansatz naheliegend. Zählmodellen basieren in der Mehrzahl der Fälle auf der Poissonverteilung. Für diese Untersuchung wird jedoch die Negative Binomialverteilung zugrunde gelegt, da sie im Vergleich zur Poissonverteilung der Heterogenität der Kreise eher gerecht wird.³⁶ Nach den Ergebnissen des Kapitels 4.4 ist das Gründungsgeschehen in den neuen Ländern in nicht unerheblichem Umfang durch eine zeitliche Variation der räumlichen Disparitäten charakterisiert. Weiterhin unterliegen auch die potentiellen Bestimmungsfaktoren in den Kreisen während der Untersuchungsperiode z.T. einem deutlichen Wandel. Als abhängige Variable wird daher die jährliche Anzahl der Gründungen in einem Kreis betrachtet. Durch Poolen des Datensatzes über die Jahre erhält man so 1075 Beobachtungen (Tabelle 14, Spalte 2).³⁷

Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Größe der Kreise erfolgt durch die logarithmierte Anzahl der Erwerbsfähigen am Ende des jeweiligen Vorjahres. Der Koeffizient dieser wie auch der übrigen logarithmierten exogenen Variablen stellt in der gewählten Spezifikation eine Elastizität dar, d.h. eine einprozentige Veränderung der Erwerbsfähigen eines Kreises führt (bei konstanter Struktur) zu einer Zunahme bzw. Abnahme der erwarteten Anzahl der Gründungen um 0,918 %. Alle Koeffizienten von Einflußfaktoren, die in Form von Anteilswerten operationalisiert wurden, stimmen hingegen nahezu mit der prozentualen Veränderung der Gründungsinzidenz überein, die

³⁶ Die in Tabelle 14 ausgewiesenen Likelihood-Ratio Tests führen zu einer klaren Ablehnung der Hypothese des Zugrundeliegens eines Poissonprozesses ($p=0,0000$).

³⁷ Ost-Berlin kann bei der Analyse nicht berücksichtigt werden, da einige der exogenen Variablen nur für Berlin insgesamt vorliegen.

aus einer Veränderung des Anteilswerts um einen Prozentpunkt resultiert.³⁸

Die Wahrscheinlichkeit für einen Erwerbsfähigen ein eigenes Unternehmen zu gründen, wird dann größer sein, wenn er bereits am Erwerbsleben teilnimmt. Als Kontrollvariable wurde daher auch die Erwerbsquote - hier definiert als Erwerbstätige dividiert durch Erwerbsfähige - in die Schätzung mit einbezogen. Da die Erwerbstätigen jedoch nach ihrem Arbeitsort, die Erwerbsfähigen hingegen nach dem Wohnsitzprinzip erfaßt werden, spiegelt sich auch ein positiver Pendlersaldo ceteris paribus in einer höheren Erwerbsquote wider. Beide Zusammenhänge lassen einen positiven Koeffizienten für diese Variable erwarten, der sich im geschätzten Modell auch ergibt. Allerdings unterliegt dieses Ergebnis der Einschränkung, daß die Erwerbsquote nur für Ende 1989 vorliegt, d.h. die (unterschiedliche) zeitliche Veränderung der Erwerbsbeteiligung bzw. der Pendlerströme in den einzelnen Kreisen nicht berücksichtigt werden kann.

Auch die Altersstruktur der Erwerbsfähigen beeinflusst offenbar die Anzahl der neugegründeten Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe. Ein positiver, statistisch signifikanter Zusammenhang besteht nach der Modellschätzung zwischen der Gründungszinzenz in diesem Wirtschaftszweig und dem Anteil der 30 bis 50-jährigen an den Erwerbsfähigen. Personen in dieser Altersgruppe verfügen einerseits über die notwendige Berufserfahrung bzw. Qualifikation und haben zum anderen noch eine ausreichend lange berufliche Tätigkeitsspanne vor sich. Allerdings erscheint der geschätzte Wert des Koeffizienten unplausibel hoch. Es ist daher zu vermuten, daß in der Altersvariable noch der positive Einfluß anderer Determinanten zum Ausdruck kommt, die im Modell nicht berücksichtigt werden konnten. Um die Effekte der Altersstruktur präziser abbilden zu können, wäre darüber hinaus eine weitere Differenzierung dieser Altersgruppe wünschenswert.

Die Modellschätzungen sprechen weiterhin für deutliche Effekte der Industriestruktur der ehemaligen DDR auf die Gründungszahlen im Verarbeitenden Gewerbe. Kreise mit einem hohen Beschäftigtenanteil des vor allem vom Abbau und der Verbrennung von Braunkohle geprägten Sektors *Energie/Bergbau* sind als Unternehmensstandorte offenbar wenig attraktiv. Für die Anteile der Branchen *Maschinen-, Fahrzeug-, EDV-Gerätebau (WZ 24), Elektrotechnik, Feinmechanik (WZ 25) und Steine/Erden (WZ 22)* zeigt sich hingegen ein positiver Zusammenhang mit der Gründungshäufigkeit. Dies erscheint plausibel, wenn man bedenkt, daß knapp 50 % aller Gründungen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland auf die Wirtschaftszweige 24 und 25 entfallen sowie Unternehmensgründer in der Mehrzahl der Fälle zuvor in der gleichen Branche tätig waren. Weiterhin stellt das vorhandene Arbeitskräftepotential mit branchenspezifischer Qualifikation einen wichtigen Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen dar.

³⁸ Die prozentuale Veränderung berechnet sich durch den Ausdruck $(\exp(b/100)-1)$. Strenggenommen handelt es sich auch dabei nur um eine Näherungslösung, da die Koeffizienten den Einfluß einer marginalen Änderung der Bestimmungsgröße messen.

Tabelle 14: Bestimmungsgründe der Gründungsinzidenz im Verarbeitenden Gewerbe

Abhängige Variable: Anzahl der Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe je Jahr und Kreis

Unabhängige Variable	1990-1995 ¹⁾	1993-1994 ¹⁾
Erwerbsfähige Ende Vorjahr (log.)	0,918** (0,026)	1,0** (0,044)
Ant. der 30-50jähr. an den Erw.fäh. Ende Vorj.	4,60** (0,969)	5,550** (1,650)
Erwerbsquote Ende 1989	0,432** (0,103)	0,543** (0,170)
Beschäftigtenanteil Ende 1987 der Branche		
Energie/Bergbau	-0,575** (0,165)	-0,263 (0,283)
Chemie	-0,207 (0,220)	-0,455 (0,368)
Kunststoff/Gummi	0,868 (0,628)	-1,370 (1,030)
Steine/Erden, Feinkeramik, Glas	0,670* (0,287)	0,618 (0,487)
Metallerzeugung u. -bearbeitung	0,136 (0,231)	0,064 (0,390)
Stahl-, Masch.-, Fahrzeugbau, EDV-Geräte	0,719** (0,191)	0,631* (0,324)
Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM	0,945** (0,179)	0,689* (0,296)
Holz, Papier, Druck	-0,857 (0,491)	-0,997 (0,835)
Leder, Textil, Bekleidung	0,295 (0,174)	0,358 (0,293)
Ernährung, Tabak	0,211 (0,673)	-0,172 (1,140)
Spezialisierung des Ver. Gew. 1987 ²⁾	-0,672 (0,506)	-0,435 (0,827)
Spezialisierung quadriert	0,378 (0,633)	0,091 (1,040)
Beschäftigtenanteil tert. Sektor Ende Vorjahr	-0,232 (0,185)	-0,065 (0,304)
Ø Arbeitstättengröße im Ver.Gew 1987 (log.)	-0,082** (0,030)	0,097 (0,051)
Anteil Einw. mit Autobahnanbindung	0,074* (0,030)	0,102* (0,051)
Gewerbesteuerhebesatz ³⁾ (log.)	-0,365** (0,112)	-0,141 (0,197)
Dummyvariable für		
ehem. Zonengrenze	0,039 (0,033)	-0,012 (0,057)
Grenze zu Polen oder Tschechien	-0,068* (0,033)	-0,067 (0,056)
Kreisfreie Stadt ⁴⁾	-0,320** (0,048)	-0,548** (0,082)
entferntes Umland einer kreisfreien Stadt ⁴⁾	-0,178** (0,03)	-0,110* (0,049)
ländliche Region ⁴⁾	-0,175** (0,028)	-0,183** (0,049)
Mecklenburg-Vorpommern ⁵⁾	-0,170** (0,038)	-0,034 (0,064)
Sachsen ⁵⁾	-0,028 (0,037)	-0,076 (0,063)
Sachsen-Anhalt ⁵⁾	0,179** (0,034)	0,124* (0,058)
Thüringen ⁵⁾	0,108** (0,038)	0,095 (0,062)

Fortsetzung Tabelle 14

<i>Unabhängige Variable</i>	1990-1995 ¹⁾	1993-1994 ¹⁾
Arbeitslosenquote Ende Vorjahr		-1,50** (0,578)
Liquidationsanteil 1991/92		5,650* (2,27)
Privatisierungsanteil 1991/92		0,122 (0,106)
Jahresdummies	χ^2 -Stat.: 759,7 (4)	t-Stat.: - 9,53
Konstante	-0,999* (0,404)	-2,630 (1,390)
ln (α)	-2,870** (0,067)	-3,180** (0,159)
Log Likelihood	-3867,5	-1343,1
χ^2 -Statistik	2102,33 (32)	688,35 (32)
Pseudo-R ²	0,214	0,204
Anzahl Beobachtungen	1075	430
LR Test für $\alpha = 0$; χ^2 - Statistik	1254,40 (1)	107,23 (1)

Quellen: BfLR; THA, Statistisches Bundesamt, ZEW Gründungspanel, eigene Berechnungen.

- Anm.: 1) Standardfehler in Klammern
 2) Herfindahl-Index auf Basis der zweistelligen WZ-Klassifikation; im Modell 1990-1995 gemeinsam signifikant zum Niveau $p=0,004$
 3) 1990 gleich null (siehe hierzu auch Erläuterungen im Text)
 4) Referenzkreise: direktes Umland der kreisfreien Städte
 5) Referenzland: Brandenburg
 * Signifikant zum Niveau 0,05
 ** Signifikant zum Niveau 0,01

Die Bedeutung der Steine/Erden-Industrie für die Anzahl der neuen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ist zwar geringer als die der metallverarbeitenden Industrie, des Ernährungsgewerbes oder des Wirtschaftszweigs Holz, Papier, Druck. Aufgrund des ostdeutschen Baubooms werden von der Steine/Erden-Industrie während der Untersuchungsperiode jedoch in stärkerem Umfang positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgegangen sein als von den übrigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Einen zum Sektor Energie/Bergbau analogen Effekt könnte man auch für die von der *Chemischen Industrie* geprägten Kreise erwarten. Für den Beschäftigtenanteil letzterer Branche ergibt sich jedoch kein signifikanter Koeffizient. Allerdings weist diese Variable im Vergleich zu den Beschäftigtenanteilen der übrigen Wirtschaftszweige eine ausgeprägte Korrelation mit der durchschnittlichen Arbeitstättengröße im Verarbeitenden Gewerbe auf. Schließt man letzteren Faktor aus der Modellgleichung aus, so zeigt sich für den Beschäftigtenanteil der Chemie ein signifikant negativer Effekt.

Hinsichtlich der Spezialisierung des Verarbeitenden Gewerbes, die hier durch den Herfindahl-Index auf Basis der zweistelligen WZ-Klassifikation gemessen wird, sprechen die Ergebnisse für

einen negativen Zusammenhang mit der Gründungsinzidenz, der jedoch offenbar nicht linear ist.³⁹ Der positive Koeffizient für den quadrierten Herfindahl-Index bringt zum Ausdruck, daß sich der negative Effekt einer weiteren Zunahme der Spezialisierung mit deren Höhe verringert. Die aufgezeigten Brancheneffekte unterliegen wiederum der Einschränkung, daß in diesem Disaggregationsgrad keine Berechnung für die einzelnen Jahre möglich ist. Aufgrund des enormen Arbeitsplatzabbaus im industriellen Bereich wäre dies auch bei Vorliegen entsprechender Beschäftigtenzahlen nicht unproblematisch, da eine Zurechnung der Arbeitslosen auf die einzelnen Branchen nicht möglich ist, diese aber sehr wohl als potentielle Gründer - insbesondere im Wirtschaftszweig ihrer ehemaligen Tätigkeit - in Frage kommen. Darüber hinaus wird die bis zur Grenzöffnung ausgeübte Beschäftigung nicht nur im ersten Jahr des Einigungsprozesses die Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen geprägt haben.

Der negative Effekt für die durchschnittliche Arbeitsstättengröße im Verarbeitenden Gewerbe deckt sich mit den Ergebnissen einer Vielzahl empirischer Studien in westlichen Industrieländern.⁴⁰ Die höhere Gründungswahrscheinlichkeit von Beschäftigten in kleinen Betrieben wird darauf zurückgeführt, daß diese in der Regel ein breiteres Aufgabenfeld haben, welches ihnen eher ermöglicht, die zur Führung eines Unternehmens notwendigen Fähigkeiten zu erwerben. Einen zusätzlichen Anreiz für einen Schritt in die Selbständigkeit könnten dabei die im Durchschnitt niedrigeren Löhne in kleinen Unternehmen darstellen. Bedeutung wird in diesem Zusammenhang auch der höheren „Sterbewahrscheinlichkeit“ kleiner Firmen zugemessen. Als Folge werden die hier Beschäftigten häufiger mit der direkten Entscheidung konfrontiert, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Eine weitere Erklärung für den Zusammenhang zwischen Betriebsgrößenstruktur und Gründungshäufigkeit liegt in den geringeren Markteintrittsbarrieren, die eine kleinbetriebliche Wirtschaftsstruktur impliziert. Es ist allerdings fraglich, inwieweit diese Erklärungsansätze auf die neuen Bundesländer übertragen werden können. So dürften auch kleinere Betriebe in den planwirtschaftlichen Strukturen nur in begrenztem Umfang den Erwerb unternehmerischen Know-hows ermöglicht haben. Weiterhin ist die Freisetzung von Arbeitskräften hier vor allem auf die Privatisierung der ehemaligen staatlichen Großbetriebe zurückzuführen.

Regionale Unterschiede in der Steuerbelastung der Unternehmen resultieren in erster Linie aus der Gewerbsteuer, die seit 1991 auch in den neuen Ländern erhoben wird. Zwischen dem Gewerbesteuerhebesatz und der Gründungshäufigkeit scheint ein signifikant negativer Zusammenhang zu bestehen. Für das Jahr 1990 wurde der Gewerbesteuerhebesatz in allen Kreisen auf null gesetzt. Geht man von der Hypothese aus, daß die Unternehmensgründer im Jahr 1990 den zu erwartenden Hebesatz bei ihrer Entscheidung antizipieren und setzt aus diesem Grund den Hebesatz in 1990

³⁹ Der Herfindahl-Index und sein Quadrat sind gemeinsam signifikant zum Niveau 0,004.

⁴⁰ Vgl. u.a. Keeble/Walker (1994), Guesnier (1994), Audretsch/Fritsch (1994).

dem in 1991 gleich, so ändert sich das Ergebnis qualitativ nicht. Gleiches gilt, wenn das Modell nur für Jahre 1991 bis 1994 berechnet wird.

Einen positiven Einfluß übt hingegen die Autobahnanbindung eines Kreises auf die Anzahl der neuen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe aus. Kein statistisch signifikantes Ergebnis zeigte sich für einen weiteren Indikator der Verkehrsanbindung, der LKW-Fahrzeit bis zum nächsten Umschlagbahnhof. Einer guten Anbindung an das Straßennetz kommt demnach erwartungsgemäß eine höhere Bedeutung für die Unternehmen zu als der Nutzung des Schienenverkehrs.

Zur Kontrolle von spezifischen Effekten, die aus der besonderen räumlichen Lage einzelner Kreise resultieren, wurden eine Reihe von Dummyvariablen⁴¹ in die Schätzgleichung aufgenommen. Die Koeffizienten b_i dieser Variablen sagen aus, daß sich die Gründungshäufigkeit um $(\exp(b_i)-1) \%$ verändert, wenn der Kreis die entsprechende Eigenschaft besitzt. Signifikant niedriger ist die Gründungshäufigkeit im Durchschnitt in den an der Grenze zu Polen und Tschechien gelegenen Kreisen. Aufgrund des weitgehenden Zusammenbruchs der Ostmärkte dürfte sich für diese Kreise ihre Lage an der Peripherie des europäischen Binnenmarktes gegenwärtig als nachteilig erweisen. Auch die Entstehung arbeitsteiliger Wirtschaftsbeziehungen über die Grenzen hinweg zur Nutzung von Lohnkostenvorteilen in den angrenzenden osteuropäischen Ländern wird zur Zeit u.a. durch die mangelhaften Verkehrsverbindungen behindert.⁴²

Keine signifikante Abweichung der durchschnittlichen Gründungshäufigkeit resultiert demgegenüber aus der Lage eines Kreises an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Als Vorteil für die Entwicklung des Unternehmensbestandes dieser Kreise werden mögliche Betriebsverlagerungen aus dem ehemaligen Zonenrandgebiet zur Nutzung von Lohnkostenvorteilen sowie der ostdeutschen Wirtschaftsförderung angeführt, zumal die Zonenrandförderung seit 1991 schrittweise abgebaut wurde. Eine Verringerung der Gründungswahrscheinlichkeit der in diesen Kreisen ansässigen Personen dürfte jedoch aus ihrer Partizipation am westdeutschen Arbeitsmarkt durch Pendeln resultieren. Schließt man allerdings die Kontrollvariablen für die Bundesländer aus der Schätzung aus, zeigt sich für die Kreise an der ehemaligen innerdeutschen Grenze ein signifikant positiver Zusammenhang mit der Anzahl der neugegründeten Unternehmen.

In vielen Verdichtungsräumen Westdeutschlands sind seit einer Reihe von Jahren Verlagerungstendenzen der wirtschaftlichen und hier insbesondere der industriellen Tätigkeiten an den Rand bzw. in das Umland der Zentren zu beobachten. Um solche Stadt/Umlandeffekte sowie Agglomerationseffekte zu berücksichtigen, wurden die Kreise in vier Gruppen eingeteilt: Kern-

41 Dummyvariablen nehmen den Wert eins an, wenn ein bestimmter Sachverhalt zutrifft, in den übrigen Fällen den Wert null.

42 Vgl. DIW (1995a).

städte (=kreisfreie Städte), direktes Umland der Kernstädte (Referenzgruppe), weiteres Umland der Kernstädte, ländliche Regionen. Die Ergebnisse sprechen für eine klare Standortpräferenz für das direkte Umland der Kernstädte. Alle anderen Kreise und hier insbesondere die Zentren sind durch eine signifikant niedrigere Gründungshäufigkeit im Verarbeitenden Gewerbe charakterisiert.

Im Vergleich zu den Kreisen des Referenzlandes Brandenburg weisen die in Sachsen-Anhalt und Thüringen gelegenen Kreisen auch nach der Kontrolle für die verschiedenen Indikatoren zur Wirtschafts-, Infra- und Sozialstruktur im Durchschnitt signifikant höhere Gründungsaktivitäten auf. Gegenteiliges gilt für die Kreise Mecklenburg-Vorpommerns. Weiterhin enthält das Modell Dummyvariablen für die einzelnen Jahre. Diese fangen eine Reihe z.T. gegenläufiger zeitvarianter Effekte auf und sind daher nur sehr begrenzt einer Interpretation zugänglich, weshalb in Tabelle 14 nur die Teststatistik auf gemeinsame Signifikanz dieser Variablen angegeben ist.

Im Rahmen der Untersuchung wurde auch der Frage nachgegangen, inwieweit regionale Unterschiede bezüglich des Erfolgs der Überführung der ehemaligen Staatsunternehmen in private Firmen einen Erklärungsfaktor für räumliche Disparitäten in der Gründungshäufigkeit darstellen. Sowohl aus der Privatisierung als auch der Liquidation von Unternehmen lassen sich theoretisch gegenläufige Effekte auf die Gründungsaktivitäten ableiten. Die Stilllegung ehemaliger DDR-Betriebe schafft zunächst Platz für den Eintritt neuer Unternehmen, während die Marktaktivitäten der privatisierten Betriebe die Gründung neuer Unternehmen schwieriger oder weniger attraktiv machen. Auf der anderen Seite können die privatisierten Unternehmen über potentielle Abnehmer- und Zulieferbeziehungen einen Anreiz für die Ansiedlung von neuen Unternehmen darstellen, während aus der Stilllegung von Unternehmen möglicherweise entgegengesetzte Effekte resultieren. Ein weiterer potentieller Einfluß der THA-Aktivitäten könnte darauf zurückzuführen sein, daß die freigesetzten Beschäftigten der liquidierten Unternehmen mit höherer Wahrscheinlichkeit selbst ein Unternehmen eröffnen als Arbeitnehmer in privatisierten Betrieben. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß auch vor der Privatisierung von Unternehmen in der Regel zunächst in beträchtlichem Umfang Stellen abgebaut wurden. Weiterhin ist unbekannt, in welchem Umfang die freigesetzten Beschäftigten in ABM- oder Qualifikationsmaßnahmen etc. aufgefangen wurden.

Bis etwa Ende 1992 lassen sich die Aktivitäten der THA vereinfacht durch die Zielsetzung Privatisieren vor Sanieren charakterisieren, die auch die zügige Stilllegung nicht als privatisierungsfähig eingestuftes Unternehmen umfaßte. Der mit der Privatisierung verbundene starke Beschäftigtenabbau sowie die Bedenken um den Verlust der industriellen Basis bzw. der Zerstörung industrieller Kerne in Ostdeutschland führten jedoch von verschiedenen Seiten zu einer massiven Kritik an der Tätigkeit der THA. Folge des öffentlichen und politischen Drucks waren verstärkte Bemühungen zum Erhalt bzw. der Sanierung noch im Besitz der THA befindlichen Unternehmen, die ihren Ausdruck u.a. in gemeinsamen Projekten mit den jeweiligen Landesregierungen fanden

(z.B. das ATLAS-Projekt in Sachsen).⁴³

Eine Operationalisierung der Privatisierungsaktivitäten ist aus Gründen der Datenverfügbarkeit jedoch sehr schwierig. Nach der THA-Dokumentation liegen für jedes Unternehmen das Datum der Liquidation bzw. Privatisierung und die Beschäftigtenzahl in diesem Zeitpunkt vor. Keinerlei Angaben sind allerdings für den Beschäftigungsabbau eines Unternehmens vor Liquidation oder Privatisierung vorhanden. Weiterhin handelt es sich bei den Angaben zu den abgewickelten Unternehmen z.T. um die sogenannten Rest- oder Mantelgesellschaften. Unter diesen Vorbehalten⁴⁴ wurden für jeden Kreis der Anteil der Beschäftigten in 1991 und 1992 liquidierten THA-Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes an allen Beschäftigten dieses Wirtschaftszweigs Ende 1987 sowie der analoge Anteil für die privatisierten Betriebe berechnet. In der Schätzung, die nur die Gründungsaktivitäten der Jahre 1993 und 1994 berücksichtigt, ergibt sich für beide Variablen ein positiver Koeffizient, der aber nur für den Liquidationsanteil signifikant ist (Tabelle 14, Spalte 3). Ein ähnliches Resultat erhält man, wenn man die Schätzung für die Jahre 1992 bis 1994 durchführt und als unabhängige Variablen den Liquidations- bzw. Privatisierungsanteil des jeweiligen Vorjahres berücksichtigt.⁴⁵ Das Signifikanzniveau des Liquidationsanteils liegt in diesem Fall jedoch nur noch bei ca. 0,12. Eine Berechnung der Anteilsvariablen nur auf Basis der Zahl der Unternehmen, d.h. Anzahl der in 1991/92 liquidierten bzw. privatisierten THA-Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes dividiert durch alle THA-Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs, führt ebenfalls stets zu positiven, wenn auch nicht signifikanten Koeffizienten für den Liquidationsanteil. Auch wenn diese Ergebnisse sicherlich vorsichtig interpretiert werden müssen, so geben sie doch keinerlei Anhaltspunkte für einen negativen Einfluß der (zügigen) Stilllegung nicht als privatisierungsfähig eingestufte Betriebe auf die Ansiedlung neuer Unternehmen, sondern sprechen tendenziell für einen umgekehrten Zusammenhang.

Der Einfluß der Arbeitslosenquote auf die Zahl der neuen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes konnte aus Gründen der Datenverfügbarkeit nur in Modellschätzungen für die Jahre 1992 bis 1994 bzw. 1993 bis 1994 (Tabelle 14, Spalte 3) untersucht werden. Für diese Variable ergibt sich ein hochsignifikanter negativer Koeffizient. Dieses Resultat spricht jedoch nicht gegen die empirische Evidenz von Studien zur Selbständigkeitsentscheidung, daß bevorstehende oder eingetretene Arbeitslosigkeit ein wichtiges Motiv für eine Gründung darstellt.⁴⁶ Auf aggregiertem Niveau dürfte die Arbeitslosenquote jedoch primär einen Indikator für das Ausmaß der aus dem

⁴³ Vgl. hierzu auch Schnell (1996).

⁴⁴ Der Korrelationskoeffizient zwischen der Zahl der Beschäftigten in allen THA-Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nach der THA-Dokumentation und der Beschäftigtenzahl in diesem Wirtschaftszweig nach der Arbeitsstättenzählung von 1987 beträgt auf Kreisebene allerdings 0,91!

⁴⁵ Für das Jahr 1990 liegen keine Angaben über die THA-Aktivitäten vor.

⁴⁶ Vgl. Evans/Leighton (1989, 1990) und für Ostdeutschland Lechner/Pfeiffer (1993a), Lechner/Pfeiffer (1993b).

wirtschaftlichen Anpassungsprozeß resultierenden Probleme bzw. für ungünstige Nachfragebedingungen in den einzelnen Regionen repräsentieren.

Für die monatliche Lohn- und Gehaltssumme je Industriebeschäftigten im Juni 1993 ergab sich hingegen kein signifikanter Effekt. Die Lohnhöhe dürfte in starkem Maße auch den Einfluß der Qualifikationsstruktur messen, was zu einer Überlagerung eines möglicherweise bestehenden „Lohnkosteneffekts“ geführt haben könnte. Neben der Qualifikation der Erwerbspersonen konnten leider auch eine Reihe weiterer potentieller Bestimmungsgründe der Gründungsinzidenz (z.B. Boden- bzw. Mietpreise) in den Schätzungen nicht (in zufriedenstellender Form) berücksichtigt werden.

Einige der geschätzten Koeffizienten der übrigen exogenen Variablen verlieren in der Spezifikation für die Jahre 1993 bis 1994 gegenüber derjenigen für den gesamten Untersuchungszeitraum erwartungsgemäß deutlich an Präzession. Neben der um 60 % geringeren Beobachtungszahl dürfte dies auch inhaltliche Gründe haben. So ist es unmittelbar einsichtig, daß die Industriestruktur der ehemaligen DDR in den Jahren 1993 und 1994 von geringer Bedeutung ist, als zu Beginn des Transformationsprozesses. Die Beschäftigtenanteile der einzelnen Industriezweige sind jedoch noch immer gemeinsam signifikant zum Niveau 0,013. Zwar gilt entsprechendes nicht mehr für den Spezialisierungsindikator und sein Quadrat, eine weitere Schätzung, die den quadratischen Term nicht berücksichtigt, ergibt für die Spezialisierungsvariable aber einen negativ signifikanten Koeffizienten.

Um einen Eindruck über die Abhängigkeit der vorgestellten Ergebnisse von dem gewählten Modelltyp bzw. der unterstellten Verteilung zu gewinnen, wurden auch zu Tabelle 14 analoge lineare Regressionsmodelle berechnet. Abhängige Variable stellte in diesen Fällen die logarithmierte Anzahl der Gründungen je Jahr und Kreis dar. Die Schätzungen erfolgten dabei sowohl mit der OLS-Methode (mit Heteroskedastizität konsistenter Kovarianzmatrix) als auch einem robusten Schätzverfahren, um zusätzlich eine Verzerrung der Ergebnisse durch mögliche Ausreißer zu überprüfen.⁴⁷ Die hier dargestellten Ergebnisse erwiesen sich gegenüber diesen Modifikationen als sehr stabil.

⁴⁷ Die robuste Schätzmethode reduziert den Einfluß extremer Wertekombinationen, indem sie den entsprechenden Beobachtungen ein geringeres Gewicht (im Extremfall das Gewicht null) zumißt.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Die Gründungsaktivitäten in den neuen Bundesländern erreichten bereits im Juli 1990 mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ihren Höhepunkt. Ab diesem Zeitpunkt ist bis zum Ende des Jahres 1994 eine zunehmende Abflachung der Gründungsdynamik zu beobachten. Für die zeitliche Entwicklung der Anzahl der neugegründeten Unternehmen zeichnen sich dabei in den Bundesländern und Ost-Berlin weitgehend identische Strukturen ab.

Die Gegenüberstellung der sektoralen Verteilung der Unternehmensgründungen in Ost- und Westdeutschland hat gezeigt, daß die alten Bundesländer erwartungsgemäß durch eine temporal wesentlich konstantere Struktur charakterisiert sind. Zwar bestehen in 1994 noch immer deutliche Unterschiede in der relativen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige - vor allem des Handels, des Baugewerbes und der Dienstleistungen - zwischen den beiden Teilen der Bundesrepublik, die Entwicklungen deuten jedoch insgesamt auf eine zunehmende Angleichung der Gründungsstrukturen hin. Dies gilt insbesondere, wenn man die Branchenstruktur der neuen Unternehmen innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige analysiert.

Die Unterschiede in der sektoralen Verteilung der Gründungen zwischen den Bundesländern weisen klare Parallelen zu den regionalen Differenzen in der sektoralen Beschäftigtenstruktur der ehemaligen DDR auf. Hinsichtlich der Entwicklung der relativen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige für die Gründungsinzidenz zeichnen sich in allen Ländern jedoch die gleichen Tendenzen ab. Vergleicht man die Verteilung der neuen Unternehmen in den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes über die Bundesländer unter Berücksichtigung der jeweiligen durchschnittlichen Beschäftigtengröße im Gründungszeitpunkt mit der analogen Verteilung der Beschäftigten Ende der 80er Jahre, so läßt sich zumindest für dieses Aggregationsniveau feststellen, daß die nicht im Rahmen der Privatisierung entstehenden Unternehmen tendenziell zu einer regionalen Dekonzentration der ehemaligen Industriestrukturen führen.

Die zwischen den Bundesländern in den beiden ersten Jahren des Transformationsprozesses bestehenden Unterschiede im Umfang der Gründungsaktivitäten gleichen sich ab dem Jahr 1992 zunehmend an. Für die einzelnen Wirtschaftszweige sind die diesbezüglichen regionalen Differenzen wesentlich ausgeprägter als für die Gesamtheit der neuen Unternehmen und weisen zum Teil hierzu entgegengesetzte Vorzeichen auf. Weiterhin ist hier im allgemeinen keine vergleichbare Verringerung der Niveauunterschiede im Zeitablauf zu beobachten.

Die Ergebnisse der ökonomischen Analysen sprechen neben einer klaren Standortpräferenz für das Umland der kreisfreien Städte für einen positiven Einfluß folgender Faktoren auf die regionale Gründungsinzidenz im Verarbeitenden Gewerbe: Erwerbsquote Ende 1989, Anteil der 30 bis 50-jährigen an den Erwerbsfähigen, relative Anzahl der Beschäftigten Ende der 80er Jahre in den

Branchen Stahl-, Maschinen-, EDV-Gerätebau (WZ 24), Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik (WZ 25) sowie Steine/Erden (WZ 22) und der Verkehrsanbindung eines Kreises. Ein negativer Zusammenhang besteht offenbar mit dem Beschäftigtenanteil des Sektors Energie/Bergbau, der Spezialisierung im Verarbeitenden Gewerbe, der durchschnittlichen Arbeitsstättengröße in diesem Wirtschaftszweig, der Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes und der Lage eines Kreises an der Grenze zu Polen und Tschechien. In weiteren Schätzungen für verringerte Beobachtungszeiträume ergab sich darüber hinaus ein signifikant negativer Koeffizient für die Arbeitslosenquote. Kein statistisch gesicherter Effekt konnte hingegen für die Lohnhöhe ermittelt werden. Im Rahmen der Untersuchung wurde weiterhin versucht, den Einfluß der Privatisierung bzw. Stilllegung der ehemaligen Staatsunternehmen auf die Gründungsaktivitäten zu analysieren. Aufgrund der verfügbaren Daten ist eine Operationalisierung der Privatisierungsaktivitäten der THA jedoch nur unter Vorbehalten möglich. Die bisher erzielten Untersuchungsergebnisse geben keinerlei Anhaltspunkte auf einen negativen Einfluß der Stilllegung ehemaliger DDR-Betriebe auf die Zahl der neuzutretenden Unternehmen, sondern sprechen tendenziell eher für den umgekehrten Zusammenhang.

In weiteren Arbeiten gilt es, die aufgezeigten Zusammenhänge einer vertiefenden Analyse zu unterziehen. Dies gilt insbesondere für den Einfluß des Privatisierungsprozesses und der historischen Industriestruktur, deren Effekte sich durch eine tiefergehende Disaggregation der Gründungen des Verarbeitenden Gewerbes besser abbilden lassen sollten.⁴⁸ Neben der Einbeziehung der übrigen Wirtschaftszweige wird ein Schwerpunkt der weiteren Untersuchungen auf der expliziten Berücksichtigung regionaler Interdependenzen liegen. Aufschlußreich dürfte darüber hinaus eine Differenzierung der neuen Unternehmen in von natürlichen Personen versus in von bereits existierenden Unternehmen durchgeführte Gründungen sein.

⁴⁸ Vgl. hierzu auch Harhoff/Stahl/Steil (1995).

Literaturverzeichnis

- Acs, Z. J./D. Audretsch (1992); Innovationen durch kleine Unternehmen, Berlin.
- Audretsch, D. B./M. Fritsch (1994); The Geography of Firm Births in Germany, in: Regional studies, Vol. 28,4, pp. 359-365.
- Beer, S./B. Loose/H. Rahneberg (1995); Entstehung privater Unternehmen, in: Pohl R. (Hrsg.); Herausforderung Ostdeutschland, Berlin, S. 157-169.
- Blien, U./F. Hirschenauer (1994); Die Entwicklung regionaler Disparitäten in Ostdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 4, S. 323-337.
- Brüderl, J./P. Preisendörfer/R. Ziegler (1992); Survival Chances of Newly Founded Business Organizations, in: American Sociological Review, Vol. 57, April, pp. 227-242.
- Brüderl, J./Ch. Bühler/R. Ziegler (1993); Beschäftigungswirkung neugegründeter Betriebe, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nr. 4, S. 521-528.
- Brujmann, R./M. Koller/J. Olson (1993); Die Industrierezession in Baden-Württemberg und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt. Eine Strukturanalyse des Referats für Arbeitsmarkt und Berufsforschung des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit zur Diskussion um den Standort Deutschland, Stuttgart.
- Bundesministerium für Wirtschaft (1994); Wirtschaftliche Förderung in den neuen Bundesländern, Bonn.
- Carlin, W./C. Mayer (1994); The Treuhandanstalt: Privatization by State and Market, in: Blanchard, O./K. Froot/J. Sachs (eds.); The Transition in Eastern Europe, Volume 2, Chigago.
- Cramer, U. (1987); Klein- und Mittelbetriebe: Hoffnungsträger der Beschäftigungspolitik, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 1, S. 15-29
- Deutsche Bundesbank (1995); Fortschritte im Anpassungsprozeß in Ostdeutschland und der Beitrag der Wirtschaftsförderung, in: Monatsbericht, Juli, S. 39-56.
- DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1995a); Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Dreizehnter Bericht, DIW Wochenbericht Nr. 27-28, S. 463-493.
- DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1995b); Die Herausforderung der deutschen Einigung: Fünf Jahre danach, in: DIW Wochenbericht Nr. 42-43, S. 733-735.
- Evans, D. S./L. S. Leighton (1989); Some Empirical Aspects of Entrepreneurship, in: American Economic Review, Vol. 79, pp. 519-535.
- Evans, D. S./L. S. Leighton (1990); Small Business Formation by Unemployed and Employed Workers, in: Small Business Economics, Vol. 2, No. 4, pp. 319-330.

- Fritsch, M./A. König/G. Weißhuhn (1994); Die Beschäftigtenstatistik als Betriebspanel - Ansatz, Probleme und Analysepotentiale, in: Hochmuth U./J. Wagner (Hrsg.); Firmenpanelstudien in Deutschland, Tübingen, Basel, S. 65-82.
- Guesnier, B. (1994); Regional Variations in New Firm Formation in France, in: Regional Studies, Vol. 28, 4, pp. 347-358.
- Hamermesh, D. (1993); Labor Demand, Princeton.
- Haschke, I./U. Ludwig (1995); Produktion und Nachfrage, in: Pohl R. (Hrsg.); Herausforderung Ostdeutschland, Berlin, S. 93-119.
- Harhoff, D. (1995); Agglomerationen und Regionale Spillovereffekte, in: Gahlen, B./H. Hesse/H. J. Ramser (Hrsg.); Standort und Region. Neue Ansätze zur Regionalökonomik, Tübingen.
- Harhoff, D./G. Licht (1994); Das Mannheimer Innovationspanel, in: Hochmuth U./J. Wagner (Hrsg.); Firmenpanelstudien in Deutschland, Tübingen, Basel, S. 255-284.
- Harhoff, D./K. Stahl/F. Steil (1995); East Germany in Transition - The First Five Years or What Role for History, Paper Prepared for the 10th Annual Congress of the European Economic Association, Prague, September 1-4, Forthcoming.
- Helwig, G./I. Spittmann (1990, Hrsg.); Chronik der Ereignisse der DDR, Köln.
- Herz, W. (1995); Neue Unternehmer braucht das Land, in: Die Zeit Nr. 41/6.10.1995, S. 21.
- Horbach, J./M. Junkernheinrich (1994); Wachstum in den neuen Bundesländern: Räumliche Entwicklungshemmnisse und -potentiale, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 42, S. 93-130.
- IWH Institut für Wirtschaftsforschung Halle (1995); Herausforderung Ostdeutschland - Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, in: IWH, Wirtschaft im Wandel Nr. 8, S. 1-16.
- Junkernheinrich, M./R. Skopp (1995); Wirtschaftliche Konvergenz und räumliche Wachstumspole: Zur regionalökonomischen Lage in Ostdeutschland, in: Pohl R. (Hrsg.); Herausforderung Ostdeutschland, Berlin, S. 217-238.
- Klemmer, P. (1993); Regionale Aspekte der Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt (unter Mitwirkung von F. Aarts und Ch. Cesar), in: Fischer W./H. Haax/H. K. Schneider (Hrsg.); Treuhandanstalt das Unmögliche wagen, Berlin, S. 409-443.
- Koll, R. (1995); Der räumliche Strukturwandel in Ostdeutschland: Was ist neu in den neuen Bundesländern?, in: IFO - Schnelldienst Nr. 17-18, S. 89-99.
- Kühl, J. (1994); Regionalstrukturen von Treuhandunternehmen. Stand der Privatisierung und Perspektiven, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4, S. 245-254.
- Lechner, M. (1993); The Dynamics of Self-Employment in East Germany: An Empirical Analysis Using Panel Data and Allowing for State Dependence and Endogenous Attrition, ZEW

Discussion Paper 93-24.

- Lechner/Pfeiffer (1993a); Planning for Self-Employment at the Beginning of a Market Economy: Evidence from Individual Data of East German Workers, in: *Small Business Economics* 5, S. 111-128.
- Lechner/Pfeiffer (1993b); Der Weg in die selbständige Erwerbstätigkeit am Beginn der Marktwirtschaft, in: *ZEW Wirtschaftsanalysen*, Nr. 1, S. 45-65.
- Lehmann, U. (1994); Regionale Aspekte des Betriebsgründungsgeschehens in den neuen Bundesländern 1991/92, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt und Berufsforschung*, Nr. 4, S. 338-350.
- Licht, G./H. Stahl (1994); Enterprise Panels Based on Credit Rating Data, in: *Techniques and Uses of Enterprise Panels, Proceedings of the First Eurostat International Workshop on Techniques of Enterprise Panels*, Luxembourg, February 21-23.
- May-Strobl, E./M. Paulini (1991a); Gründungsreport, Laufende Berichterstattung über das Gründungsgeschehen in den neuen Bundesländern, IFM-Materialien Nr. 83, Institut für Mittelstandsforschung Bonn.
- May-Strobl, E./M. Paulini (1991b); Gründungsreport, Laufende Berichterstattung über das Gründungsgeschehen in den neuen Bundesländern, IFM-Materialien Nr. 85, Institut für Mittelstandsforschung Bonn.
- Nolte, D./A. Ziegler (1994); Regionen in der Krise - Regionale Aspekte des Strukturwandels in den neuen Bundesländern, in: *WSI Mitteilungen* Nr. 1, S. 58-67.
- Pfeiffer, F. (1994); Selbständige und abhängige Erwerbstätigkeit, Frankfurt/Main.
- Keeble, D./Walker, S. (1994); New Firms, Small Firms and Dead Firms: Spatial Patterns and Determinants in the United Kingdom, in: *Regional Studies*, Vol. 28,4, pp. 411-427
- Schasse, U. (1992); Überlebenschancen und Beschäftigungswirkungen neugegründeter Industriebetriebe in Niedersachsen, in: Ertel, E./J. Wagner (Hrsg.); *Produzieren in Niedersachsen - Empirische Untersuchungen mit Betriebsdaten*, NIW-Vortragsreihe, Bd. 6, Hannover, S. 31-60.
- Schnell, W. (1996); Industrielle Kerne in Ostdeutschland, Diplomarbeit, Universität Mannheim.
- Schulz, N. (1995); Unternehmensgründungen und Markteintritt, Heidelberg.
- Sinn, G./H.-W. Sinn (1993); Kaltstart, Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, München.
- Skopp, R. (1994); Räumliche Investitionsaktivitäten in der ostdeutschen Industrie, in: *IWH - Kurzinformationen*, Nr. 30, S. 1-6.
- Stahl, K. (1991); Das Mannheimer Unternehmenspanel - Konzeption und Entwicklung, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Vol. 4, No. 3, pp. 735-738.

Student, D. (1995); Schwarze Helden, in: Wirtschaftswoche Nr. 50/7.12.1995, S. 14-20.

THA Informationen, div. J.; Wirtschaftsnachrichten aus der Treuhandanstalt für die neuen Bundesländer, Berlin.

Valerius, G. (1994); Zu sozialen und regionalen Besonderheiten der neuen Selbständigen in Ost-Berlin und im Land Brandenburg, in: Schmude, J. (Hrsg.) Neue Unternehmen. Interdisziplinäre Beiträge zur Gründungsforschung, Heidelberg, S. 206-217.

Zarth, M. (1994); Drei Jahre Existenzförderung in den neuen Ländern. Regionale und sektorale Schwerpunkte privater Investitionen, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4, S. 229-244.

Anhang

Wirtschaftsabteilungen, -unterabteilungen und ausgewählte -gruppen nach der Systematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes (Ausgabe 1979)

- 1 Energie- und Wasserversorgung, Bergbau**
- 10 Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung
- 11 Bergbau
- 2 Verarbeitendes Gewerbe**
- 20 Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen, Mineralölverarbeitung
- 21 Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren
- 22 Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe
- 23 Metallerzeugung und -bearbeitung
- 24 Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
- 240 Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, Weichenbau
- 242 Maschinenbau
- 243 Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
- 249 Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Haushaltsnäh- und -schreibmaschinen
- 25 Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck, Foto- und Filmfabriken
- 250 Elektrotechnik
- 252 Feinmechanik, Optik
- 256 Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren
- 26 Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- 27 Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- 28/29 Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung
- 3 Baugewerbe**
- 30 Bauhauptgewerbe
- 302 Spezialbau
- 31 Ausbaugewerbe
- 310 Bauinstallation
- 4 Handel**
- 40/41 Großhandel
- 42 Handelsvermittlung

- 43 Einzelhandel
- 5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung**
- 51 Verkehr, Nachrichtenübermittlung (ohne Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung)
- 55 Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung
- 6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe**
- 60 Kreditinstitute
- 61 Versicherungsgewerbe
- 65 Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten
- 7 Dienstleistungen**
- 71 Gastgewerbe
- 72 Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime)
- 73 Wäscherei, Körperpflege, Fotoateliers u. a. persönliche Dienstleistungen
- 74 Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen
- 75 Bildung, Wissenschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung
- 76 Verlagsgewerbe
- 77 Gesundheits- und Veterinärwesen
- 78 Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung, Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.
- 781 Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung
- 784 Technische Beratung und Planung
- 789 Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.
- 79 Dienstleistungen, a.n.g.
- 791 Vermietung beweglicher Sachen (ohne Buch-, Zeitschriften- und Filmverleih)
- 794 Grundstücks- und Wohnungswesen
- 797 Beteiligungsgesellschaften (ohne Kapitalanlagegesellschaften)

Tabelle 15: Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in Ost-Berlin nach Jahren (Angaben in %)

	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
1990	0,07	8,11	13,26	28,24	6,76	2,82	40,73	100
1991	0,06	7,21	12,65	29,67	6,19	4,31	39,92	100
1992	0,07	6,29	13,89	27,71	4,43	3,34	44,27	100
1993	0,10	6,25	15,58	26,71	4,33	2,16	44,87	100
1994	0,10	5,69	20,17	23,22	4,24	1,52	45,05	100
Insges.	0,08	6,90	14,54	27,55	5,42	2,99	42,52	100

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Tabelle 16: Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in Brandenburg nach Jahren (Angaben in %)

	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
1990	0,13	10,40	17,64	34,00	7,58	3,06	27,18	100
1991	0,29	10,31	14,07	35,76	5,80	3,52	30,26	100
1992	0,23	10,32	17,05	31,84	5,20	3,68	31,68	100
1993	0,37	9,35	18,34	29,26	4,83	2,70	35,15	100
1994	0,31	8,52	23,64	26,47	4,21	2,35	34,51	100
Insges.	0,24	10,01	17,38	32,58	5,94	3,16	30,70	100

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Tabelle 17: Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in Mecklenburg-Vorpommern nach Jahren (Angaben in %)

	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
1990	0,30	8,58	20,06	33,41	9,20	2,90	25,53	100
1991	0,35	8,85	16,27	34,04	6,10	3,94	30,45	100
1992	0,43	9,16	18,14	29,70	4,97	4,16	33,44	100
1993	0,54	8,52	18,82	27,09	4,72	3,94	36,38	100
1994	0,42	7,56	23,40	26,22	4,67	3,18	34,54	100
Insges.	0,39	8,64	18,88	31,13	6,41	3,60	30,94	100

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Tabelle 18: Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in Sachsen nach Jahren (Angaben in %)

	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
1990	0,12	11,91	13,15	36,21	8,75	2,84	27,01	100
1991	0,16	11,21	12,67	34,97	6,42	4,20	30,37	100
1992	0,38	11,08	15,40	29,29	5,00	3,51	35,35	100
1993	0,31	9,81	15,63	27,29	4,59	3,21	39,16	100
1994	0,17	8,99	19,71	22,73	4,06	2,19	42,16	100
Insges.	0,21	10,96	14,52	31,87	6,36	3,29	32,79	100

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Tabelle 19: Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in Sachsen-Anhalt nach Jahren (Angaben in %)

	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
1990	0,12	13,24	16,38	34,47	8,32	2,49	24,98	100
1991	0,29	12,94	15,43	33,63	5,27	4,26	28,17	100
1992	0,31	12,12	17,75	29,03	5,12	4,57	31,11	100
1993	0,44	11,03	17,20	26,94	4,49	3,50	36,38	100
1994	0,34	10,73	20,41	24,08	4,42	3,36	36,67	100
Insges.	0,27	12,39	16,92	31,14	6,01	3,56	29,71	100

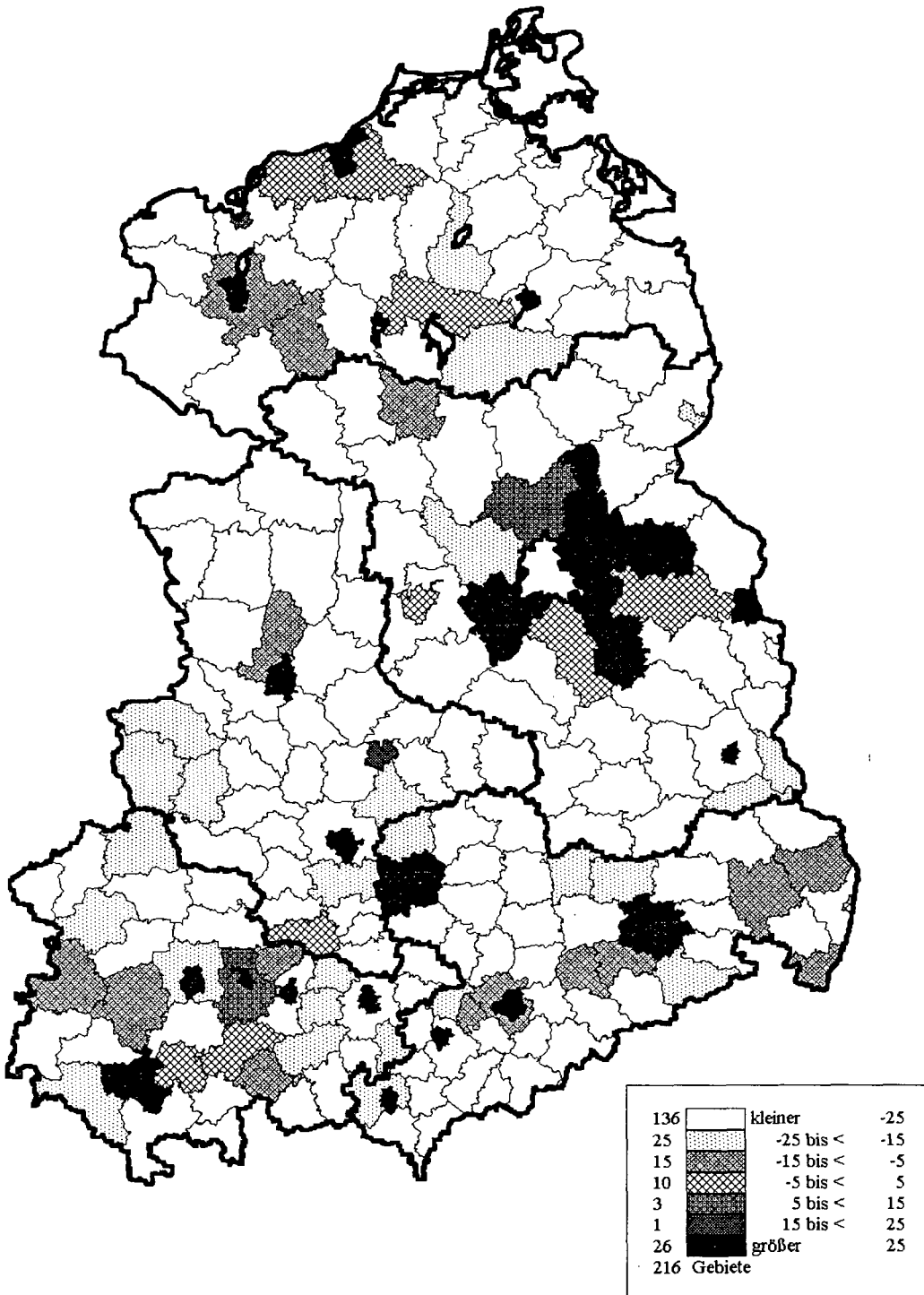
Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Tabelle 20: Sektorale Verteilung der Unternehmensgründungen in Thüringen nach Jahren (Angaben in %)

	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Verkehr Nachr.	Banken Versich.	Dienst- leist.	Σ
1990	0,15	12,70	15,06	33,53	8,51	3,63	26,42	100
1991	0,28	12,59	13,88	34,14	5,64	4,69	28,77	100
1992	0,36	12,45	17,55	29,23	6,00	4,03	30,38	100
1993	0,27	10,88	16,08	28,92	5,48	4,19	34,18	100
1994	0,44	10,39	17,89	28,34	5,04	3,11	34,79	100
Insges.	0,27	12,13	15,66	31,71	6,54	3,99	29,70	100

Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost

Abbildung 5: Prozentuale Abweichung der Gründungsintensität im Wirtschaftszweig unternehmensbezogene Dienstleistungen (WZ 78) vom Durchschnitt Ostdeutschlands im Zeitraum von 1990 bis 1994



Quelle: ZEW Gründungspanel-Ost, BfLR

Anm.: Bezugsgröße: Erwerbsfähige 31.12.1989